

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Erste Frau zur Generalsekretärin gewählt

Dame Meg Taylor ist bei der 45. Jahrestagung des *Pacific Islands Forum* (PIF) Ende Juli in Koror, Hauptstadt des palauischen Bundesstaates Peleliu, als erste Frau zur Generalsekretärin des PIF gewählt worden. Sie folgt auf Tuiloma Neroni Slade, der das Amt in den letzten sechs Jahren bekleidet hatte.

Dame Taylor (Jahrgang 1951) ist Anwältin und Diplomatin. Die Tochter eines australischen Entdeckers hat die neuguineische Staatsangehörigkeit. Von 1989 bis 1994 diente sie in Washington DC als neuguineische Botschafterin für die USA, Mexiko und Kanada. Ab 1994 bis zu ihrer jetzigen Ernennung war Taylor bei der Weltbank beschäftigt, seit 1999 als Vizepräsidentin bei der Ombudsmann-Kommission der *International Finance Corporation*. Im Jahr 2002 wurde die Mitbegründerin der neuguineischen Umweltschutzorganisation *Conservation Melanesia* zur „Dame Commander of the Order of the British Empire (DBE)“ ernannt.

Im Rahmen ihres Jahrestreffens verabschiedeten die so genannten „Pacific Leaders“, also die höchstrangigen Repräsentanten der 16 Mitgliedsländer des PIF, eine Erklärung. Diese nach dem Tagungsort benannte *Palau Declaration* beinhaltet vor allem Strategien der Pazifikstaaten zum nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt. In der Erklärung werden die pazifischen Inselstaaten als Hüter und Wächter (engl. „stewards“) des pazifischen Ozeans und seiner tierischen und menschlichen Bewohner charakterisiert. Tommy Remengesau, der Präsident von Palau, bezeichnete die Pazifikstaaten bei der Eröffnung des Gipfeltreffens als das „Umweltgewissen der Welt“. Das 45. Pazifische Inselfo-

rum stand unter dem Oberthema „The Ocean: Life & Future“.

Die *Palau Declaration* soll Eingang finden bei der Konferenz der kleinen Inselentwicklungsländer im Herbst des Jahres im samoanischen Apia. Die pazifischen Regierungen erhoffen sich im diesjährigen „Internationalen Jahr der kleinen Inselentwicklungsländer“ mehr Aufmerksamkeit für ihre Klimaforderungen und ihr Engagement für den Klimaschutz.

Die Mitgliedsländer des PIF einigten sich auch auf ein Rahmenprogramm zu einer noch stärkeren Regionalisierung von Projekten und Programmen zur Anpassung an die Klimawandelfolgen. Sie nahmen Tokelau als assoziiertes Mitglied in das Inselforum auf und luden die *International Organisation for Migration* (IOM) dazu ein, Beobachterstatus bei den Jahrestreffen wahrzunehmen. Die Türkei und Spanien wurden als neue Teilnehmer zum „Post-Forum Dialogue“ aufgenommen.

Die 46. Jahreshauptversammlung des *Pacific Islands Forum* findet im nächsten Jahr in Papua-Neuguinea statt. (*Pressemitteilung PIF 01.08.14, Wikipedia, <http://im4dc.org/wp-content/uploads/2013/04/Meg-Taylor-Bio.pdf>, <http://www.klimawandel-bekaempfen.dgvr.de>*)

SIDS-Konferenz

Vom 1. bis zum 4. September findet in Apia (Samoa) die *Dritte Internationale Konferenz der Kleinen Inselentwicklungsstaaten* statt (Third International Conference on Small Island Developing States). Zu dieser bisher größten Konferenz der Vereinten Nationen auf einer pazifischen Insel werden über 3.000 Teilnehmer erwartet. Das Thema der UN-Konferenz lautet: “The sustainable development of Small Island Developing States through genuine and durable partnerships”.

Im Vorfeld der Konferenz wurden eigens sechs Tagungsgebäude

errichtet, die die Namen der sechs samoanischen Inseln tragen. Freiwillige Helfer waren monatelang mit Aufräum- und Verschönerungsarbeiten in Apia und den umliegenden Dörfern beschäftigt. Dazu war eigens das „National Beautification Team“ (nationales Verschönerungsteam) unter Leitung der Geschäftsfrau Su'a Frieda Paul gegründet worden. Die Mitglieder dieses Teams waren u.a. beauftragt worden, entlang der Hauptstraßen nach Apia Bäume und Grünpflanzen zu setzen sowie „Schmuddelecken“ zu beseitigen. Die großen Zufahrtsstraßen nach Apia wurden verbreitert, teils neu asphaltiert und mit Verkehrszeichen ausgestattet.

Einen Monat vor der Konferenz gab es in Apia zudem ein eintägiges „Food Festival“. Einheimische und auswärtige Gäste konnten auf dem Gelände der *Tourism Authority* zu niedrigen Preisen Nahrungsmittel und Mahlzeiten kaufen und probieren. Ziel des Festivals war es, über einen schriftlichen Bewertungsbogen die von rund 80 Köchen zubereiteten Mahlzeiten zu ermitteln, die den meisten Testern am besten schmeckten und somit geeignet sind für die Verpflegung der Konferenzteilnehmer aus aller Welt. Das Festival stand unter Aufsicht des preisgekrönten samoanischen (Fernseh-)Kochs und Kochbuchautors Robert Oliver, der traditionelle samoanische Rezepte und Zutaten beisteuerte.

Die Gesamtkoordination der Konferenz, Frau Fa'alavaau Perina Sila, zeigte sich wenige Tage vor Beginn des Treffens bereit zum Empfang der Gäste. „*We are excited*“, beschrieb sie die Stimmung im Team, das genau 15 Monate Zeit zur Vorbereitung der Logistik und Infrastruktur hatte. Silas Team, das u.a. für den Transport der Konferenzteilnehmer verantwortlich zeichnet, absolvierte diverse „Trockenübungen“, um für den Ernstfall gerüstet zu sein. Sila lobte besonders das Engagement der lokalen Kirchengemeinden, die nicht nur

Gemeinderäume zur Verfügung stellen, sondern sich auch um die Unterkunft und Verpflegung kümmern.

Für die Sicherheit der Teilnehmer sorgt ein Heer von Feuerwehrleuten, Polizisten und medizinischem Fachpersonal. Zusätzlich zu den fest angestellten Kräften wurden 240 Hilfspolizisten vor dem Gericht von Richter Vaemo Vaepule Va'ai vereidigt. (*Samoa Observer* 23.07.14, 09.08.14, 17.08.14, *Talamua* 05.08.14, <http://www.sids2014.org/>)

Anmerkung der Redaktion: Vermutlich gleich zwei Mitglieder des Pazifik-Netzwerkes werden an der SIDS-Konferenz teilnehmen und für die nächste Ausgabe der „pazifik aktuell“ darüber berichten.

Zu viele Übergewichtige auf den Inseln

Fünf pazifische Inselstaaten gehören laut einer Rangliste der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) zu den zehn Ländern weltweit mit der höchsten Rate an Erkrankungen durch so genannte „nichtübertragbare Krankheiten“ (non-communicable diseases). Dazu zählen u.a. Herz- und Kreislauferkrankungen, Asthma, Diabetes, Osteoporose, Alzheimer und Übergewicht.

Nach WHO-Angaben lassen sich 70 bis 75 % aller Todesfälle in den pazifischen Inselstaaten auf nichtübertragbare Krankheiten zurückführen. Viele Todesfälle passieren bereits in jungen und mittleren Jahren und wären durch entsprechende Maßnahmen wie gesunde Ernährung und Sport vermeidbar.

Die Bekämpfung der nichtübertragbaren Krankheiten stellt nach Ergebnissen der WHO-Studie eine unzumutbare Belastung für das Gesundheitsbudget in den Haushalten der Staaten da. Die an chronischer Unterfinanzierung leidenden Gesundheitssysteme kämen mit der Finanzierung von Projekten zur Bekämpfung der nichtübertragbaren Krankheiten nicht mehr hinterher, heißt es in

dem im Juli veröffentlichten 210 Seiten starken Bericht „Noncommunicable diseases country profile 2014“.

Zu den Top 10-Staaten mit der höchsten Rate an Diabetes und Übergewicht zählen Tonga, Kiribati, die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) und Samoa.

In Tonga gelten 52,45 % aller männlichen Erwachsenen als übergewichtig (adipös), 68,5 % der erwachsenen tongaischen Frauen sind adipös. In Kiribati, den FSM, Tonga und Samoa sind mehr als die Hälfte aller weiblichen Erwachsenen adipös.

Info: Nichtübertragbare Krankheiten sind heute weltweit die Todesursache Nummer eins. Ihre Zunahme ist hauptsächlich auf Veränderungen im Lebensstil zurückzuführen: Mangelnde Bewegung, unausgewogene Ernährung, Alkoholmissbrauch und Tabakkonsum sind in modernen Gesellschaften weit verbreitete Risikofaktoren, die nichtübertragbare Krankheiten stark begünstigen. Mehr als die Hälfte dieser Erkrankungen könnten mit einem gesunden Lebensstil vermieden werden. (*Post-Courier* 16.07.14, <http://www.who.int/nmh/publications/ncd-profiles-2014/en/>)

Frauen erdulden Gewalt

30 % der Frauen in der Region Asien-Pazifik erdulden stillschweigend Gewalt in der Ehe. Das ist das Ergebnis einer Studie der Weltbank zu u.a. körperlichen und seelischen Gewalterfahrungen von Frauen in Ehe oder Partnerschaft.

In dem im Mai 2014 veröffentlichten Weltbank-Bericht „Voice and agency: Empowering women and girls for shared prosperity“ geht es um vier Problemfelder, mit denen Frauen und Mädchen weltweit konfrontiert werden: 1) ungerechte Gesetze, 2) Sexualität und Schwangerschaft, 3) Gewalt durch Männer und 4) Eigentums- und Besitzrechte.

Global gesehen kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass jede dritte Frau Opfer von Gewalt in der Partnerschaft wird. Ein Drittel der Frauen leidet unter Vergewaltigung in der Ehe und 41 % der befragten Frauen gaben an, ihr Partner erlaube nur ungeschützten Geschlechtsverkehr.

Frau Jeni Klugman, die Leiterin des Referates für Gender und Entwicklung bei der Weltbank, sagte, die „Ermächtigung“ (empowerment) von Frauen sei eines der Leitthemen der Weltbank-Programme. Projekte in den Bereichen Bildung und Erziehung, sowie Programme zur Verbesserung der Gesundheit und zur Reduzierung von häuslicher Gewalt seien nur ein erster kleiner Schritt auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung für Frauen und Mädchen. Man dürfe die Situation von Frauen in der heutigen Zeit jedoch nicht nur beklagen, mahnte Klugman an. Heute hätten 75 Länder weltweit Vergewaltigung in der Ehe als Strafbestand anerkannt, vor 40 Jahren galt dies noch in keinem Land als Delikt.

(<https://www.devex.com/news/jeni-klugman-on-the-world-bank-s-new-gender-report-83486>, http://www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/Gender/Voice_and_agency_LOWRES.pdf, *Radio Australia* 20.05.14)

Aids bleibt großes Problem

Im Rahmen der zwanzigsten *International Aids Conference* vom 20. bis zum 25. Juli im australischen Melbourne haben Vertreter aus pazifischen Inselstaaten die restriktive Gesetzgebung in Bezug auf Homosexualität in ihren Staaten beklagt. Die gesetzlich festgelegten Strafen für den Geschlechtsverkehr zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern verhinderten die Aids-Aufklärungsbemühungen. Homosexuelle und intersexuelle (*transgender*) Menschen trauten sich aus Angst vor gesellschaftlicher Ächtung und Gefängnisstrafe nicht, Beratungsstellen aufzusuchen, um dort einen Aids-Test machen zu lassen und sich Informationen über die Anste-

ckungswege der Immunschwächekrankheit geben zu lassen.

Ken Moala, ein Mitarbeiter des pan-pazifischen *Pacific Sexual Diversity Network*, erklärte, in rund einem Drittel aller Pazifikstaaten stünde Homosexualität weiter unter Strafe. In Papua-Neuguinea beispielsweise wird gleichgeschlechtlicher Sex mit einer Haftstrafe in Höhe von 14 Jahren geahndet. Moala beklagte vor allem die gesellschaftliche Stigmatisierung von Homosexuellen. Diese verhindere sowohl ein Coming out, als auch den Besuch von Beratungsstellen. Die Pazifikstaaten seien noch weit entfernt von der Vision der „Drei 0“ des Weltaidsprogramms der Vereinten Nationen UNAids. Die Vision „Drei 0“ bezieht sich auf 1) keine neuen HIV-Übertragungen, 2) keine Todesfälle durch den HI-Virus und 3) keine Diskriminierung von Aids-Kranken.

Moala sagte, Aids-Aufklärung sei im Hinblick auf die kulturellen Traditionen des Pazifiks besonders schwierig. Er erhoffe sich die Unterstützung von Kirchenführern und traditionellen Klanführern bei der Bekämpfung von „Schwulenhass“ und der Ausgrenzung Erkrankter.

Dem schloss sich der schwule Aktivist Parker Hou aus Papua-Neuguinea an. Hou arbeitet als Projektkoordinator für die Nichtregierungsorganisation *Friend's Frangipani*, eine Selbsthilfegruppe, die sich um Prostituierte und Callboys in Neuguinea kümmert.

Als Positivbeispiel benannte Roger Stanley den Inselstaat Samoa. Hier ist zwar ebenfalls gleichgeschlechtlicher Geschlechtsverkehr bei Strafe verboten, doch gibt es in Samoa schon seit jeher ein so genanntes „Drittes Geschlecht“, die Fa'afafine. Stanley, Präsident der *Samoa Fa'afafine Association*, sagte, in Samoa seien diese Menschen gesellschaftlich akzeptiert und integriert. Im März des vergangenen Jahres hatte das samoanische Parlament zudem

ein Gesetz aufgelöst, das Männern das Tragen von Frauenkleidern verbot.

Stanley war als Repräsentant des Dritten Geschlechts von den Organisatoren der Konferenz nach Melbourne eingeladen worden, um über das Positivbeispiel zu berichten. In Samoa gelten rund 3.000 Menschen als Fa'afafine. (*Radio Australia* 25.07.14, <http://www.aids2014.org/>)

Ausstellung nur für Frauen

Erstmals wird es in der Vodafone-Arena in Suva (Fidschi) vom 6. bis zum 8. August eine Ausstellung nur für Frauen geben. Bei der dreitägigen *National Women's Expo* soll es nach dem Willen der fidschianischen Ministerin für Frauen und Familie, Frau Dr. Jiko Luveni, vor allem darum gehen, die fidschianischen Frauen als „Agenten des Wandels“ (agents of change) in der multi-ethnischen und multi-religiösen Gesellschaft Fidschis wahrzunehmen. Die Messe soll Frauen die Möglichkeit geben, Kunst, Kunsthandwerk, traditionelle Fähigkeiten und besondere kulturelle Praktiken einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Erwartet werden dazu 3.000 Frauen aus städtischen und ländlichen Regionen, vor allem auch von den kleineren fidschianischen Inseln. Am Rande der Ausstellung gibt es ein buntes Rahmenprogramm, u.a. werden 50 fidschianische Designerinnen ihre aktuelle Kollektion durch 50 Laien-Models präsentieren. Anschließend werden Preise an die Designer vergeben.

Außerdem wird es im Rahmen der Konferenz das erste Gipfeltreffen von Frauen und Kindern (Women's and Children Summit) geben, sowie eine Veranstaltung für weibliche Titelträger in fidschianischen Dörfern. Das Seminar und der Workshop „*Marama Ni Yavusa*“ soll Titelträgerinnen aus dem ganzen Inselstaat zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch ermutigen. Im Vordergrund dieses Workshops soll die Frage stehen, wie Frauen ihre

Führungsrolle in der Dorfgemeinschaft mit ihren Aufgaben in Familie, Haus und Hof vereinbaren können. (*Fiji Times* 14.07., 27.07.14, <http://www.fiji.travel/event/national-womens-expo-rural-designer-awards-night>)

WWF mahnt Schutz der Thunfische an

Im Vorfeld des Treffens der *Inter-American Tropical Tuna Commission* (IATTC) in Peru Ende Juli hat der *World Wide Fund For Nature* (WWF) die Mitgliedsstaaten der *Western and Central Pacific Fisheries Commission* dazu aufgefordert, die Fangquoten für den vom Aussterben bedrohten Blauflossen-Thunfisch zu halbieren. Nach Angaben einer der weltweit größten internationalen Naturschutzorganisationen sind die Bestände an Blauflossen-Thun im Pazifik seit Beginn des kommerziellen Fischfangs um 96 % (!) gesunken. Für besonders bedrohlich halten Experten auch die Tatsache, dass über 90 % des gefangenen Blauflossen-Thuns noch vor der Geschlechtsreife getötet werden, was zu einer weiteren drastischen Verringerung der Bestände führt.

Bubba Cook, der Projektmanager des Thunfischschutzprogrammes bei der *Western and Central Pacific Fisheries Commission*, sagte, es bedürfe eines Überwachungs- und Dokumentationssystems für den Blauflossen-Thun. Aktuelle Bestände und gefangene und getötete Thunfische müssten registriert werden, um einen Überblick über das Ausmaß der Bedrohung zu erhalten. Viele Staaten beteiligten sich bereits an diesem Dokumentationsprojekt, nun gelte es, auch die noch verbliebenen pazifischen Staaten an dem Projekt mit zu beteiligen. Dazu bedürfe es aber des politischen Willens der Regierungen.

Info: Die Blauflossen-Thunfische sind die größten Thunfische in den Weltmeeren. Sie können eine Körperlänge von 4,5 Metern und ein Gewicht von mehr als 800 Kilogramm erreichen. Zu den Staa-

ten, die Jagd auf den Blauflossen-Thun machen, gehören Japan, die USA, Mexiko und Südkorea. Die IATTC hat für dieses Jahr für den östlichen Pazifischen Ozean eine Fangobergrenze von 5.000 Tonnen Thunfisch festgesetzt, der WWF forderte kurz vor Beginn der Konferenz in Lima nun die Reduzierung auf 2.750 Tonnen jährlich. Eine ähnliche Halbierung der Fangquoten sollte auch die pazifische Fischereikommission festlegen, so der WWF.

Die pazifische Fischereikommission trifft sich im Dezember des Jahres in Apia/Samoa, um weitere Beschränkungen des Thunfischfangs im Pazifischen Ozean zu diskutieren. (Radio Australia 14.07.14, <http://www.panda.org/?225351/Halve-catches-or-lose-Pacific-bluefin-tuna--WWF-tells-fishery-managers>)

Leichte Erholung bei Buckelwal-Population

Nach Angaben des *South Pacific Whale Research Consortium* (SPWRC) hat sich der Bestand der im Pazifik lebenden Buckelwale leicht erholt. Das Konsortium geht davon aus, dass derzeit etwa 5.000 Buckelwale im pazifischen Ozean leben. Das entspricht einem Anstieg der Population um 37 % im Vergleich zu 1966. In diesem Jahr galten die pazifischen Buckelwale wegen der illegalen Jagd durch russische Fangboote als nahezu ausgestorben. Damals lebten nach Aussage von Scott Baker, einem wissenschaftlichen Beirat der *International Whaling Commission*, nur noch etwa 40 geschlechtsreife weibliche Buckelwale im Pazifik.

Das SPWRC wurde vor 15 Jahren von unabhängigen Walforschern gegründet, um die Walbestände im Pazifik zu erfassen. Inzwischen haben die Konsortiumsmitglieder rund 2.000 Buckelwale mit Sendern ausgestattet, ihnen Blutproben entnommen und sie fotografiert. Mit Hilfe der

implantierten Sender können die Wissenschaftler die Wanderrouthen der Wale im Pazifik beobachten.

Info: Vor dem massiven Eingriff des Menschen in die Walpopulationen lebten weltweit etwa 125.000 Buckelwale, davon etwa 100.000 südlich des Äquators. Die Tiere wurden bereits im Altertum in kleinem Ausmaß gejagt, in großem Stil aber erst seit dem 17. Jahrhundert. Nachdem die Buckelwalpopulation durch die starke Bejagung auf wenige tausend Tiere zurückgegangen war, konnte sich diese durch das weltweite Fangverbot von 1966 wieder erholen. Laut den Berichten der Internationalen Walfangkommission leben zur Zeit (Stand 2011) schätzungsweise 25.000 Buckelwale in den südlichen Meeren, im Nordpazifik leben etwa 20.000 Tiere, während man im Nordatlantik von einer Populationsgröße von 11.500 Tieren ausgehen kann. (Matangi Tonga 13.06.14, <http://www.whaleresearch.org, Wikipedia/>)

Plastikmüllteppich wird erneut erforscht

Mitte Juni ist eine Forschergruppe unter Leitung von Kapitän Charles Moore zum Plastikmüllteppich im nordwestlichen Pazifik aufgebrochen, um vier Wochen lang die Auswirkungen des Plastikmülls auf die Umwelt und die Meerestiere zu erforschen.

Der Müllteppich war erstmals 1988 in einem Bericht der nationalen amerikanischen Überwachungsbehörde *National Oceanic and Atmospheric Administration* (NOAA) beschrieben worden. Luftaufnahmen zeigten damals Plastikteile im nordwestlichen Pazifik.

1997 war Kapitän Charles J. Moore dann im Rahmen seiner Teilnahme am Transpac-Segelrennen im Nordpazifikwirbel durch den Müllteppich (engl. *Great Pacific Garbage Patch*) gesegelt und hatte Plastikproben entnommen. Er informierte den Ozean-

forscher Curtis Ebbesmeyer, der in den Folgejahren diverse Strömungsmodelle über den Müllstrudel anfertigte. Aus dem ehemaligen Skipper Moore wurde ein überzeugter Ozeanograph. Er gründete sogar sein eigenes Forschungsinstitut, die *Algalita Marine Research Foundation* mit Sitz in Long Beach, Kalifornien. Jedes Jahr macht er sich auf zum Great Pacific Garbage Patch, um Studien durchzuführen und die Situation vor Ort zu erkunden. Dabei musste er bereits vor einigen Jahren feststellen, dass im Herzen des Müllstrudels auf jedes Kilogramm Plankton sechs Kilogramm Plastikmüll kamen. Mittlerweile jedoch hat sich die Situation dramatisch zugespitzt. Bei den aktuellsten Untersuchungen kam Moore auf Werte von 46:1 oder mehr. Inzwischen ist der Plastikmüllstrudel auch auf geschätzte 700.000 Quadratkilometer angewachsen, das entspricht in etwa der Größe Westeuropas.

Schon bei Kurzzeitforschungsaufenthalten hatte das Team der Wissenschaftler um Kapitän Moore herausgefunden, dass mehr als 35 % aller Fische im Gebiet des Müllstrudels mindestens zwei Plastikteile in ihren Mägen hatten. Hier handle es sich um ein gänzlich neues Habitat, das in der Geschichte unseres Planeten bisher einmalig sei, so Moore. Es gelte u.a. nun zu erforschen, ob sich Fische und anderes Meeresgetier eventuell sogar von kleinen Plastikteilen ernähren könnten, bzw. welche negativen Auswirkungen das Plastik auf die Meerestiere hätte.

Info: Laut deutschem Umweltbundesamt befinden sich derzeit (Stand: 2013) 100 bis 150 Millionen Tonnen Abfälle in den Meeren, 60% davon aus Plastik. 70% des Abfalls sinken auf den Meeresboden, 15% schwimmen an der Wasseroberfläche und 15% werden an die Strände gespült. Für den *Great Pacific Ocean Garbage Patch* werden eine Million Teilchen Kunststoff pro Quadratkilometer angenommen, also etwas mehr als ein Teil pro Quad-

ratmeter. (Radio Australia 16.06.14, Deutschlandfunk.de: Müllhalde Meer 12.12.13, <http://www.scinexx.de/dossier-487-1.html>)

Abkommen zur Anpassung an Klimawandelfolgen

Die Europäische Union (EU) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) haben im Mai ein Partnerschaftsabkommen zur Implementierung der ersten Phase des Projektes „Adapting to Climate Change and Sustainable Energy“ (ACSE) unterzeichnet. Dazu war eigens der für die Pazifikstaaten zuständige EU-Botschafter Andrew Jacobs nach Suva (Fidschi) gereist. Gemeinsam mit dem Deutschen Dr. Wulff Killmann, dem Leiter des regionalen GIZ-Büros in Fidschi, unterzeichnete Jacobs das entsprechende Abkommen im *Fiji Museum* in Suva.

ACSE gehört zu einer Reihe von Programmen, die die Europäische Union über diverse Kooperationspartner (darunter auch die GIZ) in 15 Pazifikstaaten in Bezug auf die Anpassungen an Klimawandelfolgen durchführt. Schwerpunkte der EU-Förderprogramme im Pazifik sind ebenfalls die Umstellung von fossilen Treibstoffen auf erneuerbare Energien, die Katastrophenvorsorge und das Risikomanagement.

Info: ACSE wurde 2012 eingeführt. Die EU investiert 35,5 Millionen Euro in das Projekt, das aus drei Phasen besteht. In dieser nun von der GIZ und der EU begonnenen ersten Phase sollen Anpassungsstrategien an Klimawandelfolgen auf nationaler, Provinz- und Gemeindeebene entwickelt und durchgeführt werden. Außerdem soll über neue Möglichkeiten der Energiegewinnung diskutiert werden. In dieser Phase, für die 18,64 Millionen Euro zur Verfügung stehen, soll auch ein regionaler Expertenpool aufgebaut werden. Die Experten sollen sich länderübergreifend aus-

tauschen und gegenseitig beraten, wie den Folgen des Klimawandels beizukommen ist. (Pressemitteilung PIF Secretariat 09.05.14, <http://www.forumsec.org/pages.cfm/newsroom/press-statements/2014-1/european-union-pacific-islands-forum-secretariat-sign-fj908m-programme-on-climate-change.html>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Weltbank-Bericht: Verbrechen und Gewalt

Der Anfang August von der Weltbank veröffentlichte Bericht „The costs of crime and violence in Papua New Guinea“ kommt zu dem Ergebnis, dass die Verbrecher- und Gewaltrate in PNG nach wie vor sehr hoch ist und das Land in seiner Entwicklung hemmt. Die Studie war bei der Weltbank von der neuguineischen Regierung in Auftrag gegeben worden, um die sozialen und ökonomischen Kosten von Verbrechen und Gewalt für Haushalte, die Wirtschaft, die Regierung und die Zivilgesellschaft zu ermitteln.

Die Ergebnisse der Studie sind erschreckend. So herrscht in PNG eine der höchsten Mordraten der Welt. In den vergangenen Jahren betrug die Quote 10,4, d.h. durchschnittlich wurden 10 von 100.000 Einwohnern getötet. Dabei variiert die Quote stark nach Region. In der Hauptstadt Port Moresby wurden 33 von 100.000 Einwohnern getötet, in der Hafenstadt Lae dagegen 66 von 100.000 Bewohnern. In allen Großstädten des Landes zählen tätliche Übergriffe und Diebstähle zu den häufigsten Verbrechen. Vor allem in Lae haben derartige Überfälle und so genannte Road Stops in den letzten fünf Jahren extrem zugenommen. Immer häufiger kommen bei Überfällen auch Feuerwaffen zum Einsatz.

Nach Angaben der Weltbank haben sich die Quoten für Gewaltverbrechen erhöht, weil viele Menschen mit der rasanten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht mehr mithalten können. Traditionelle Konfliktlösungsmethoden greifen nicht mehr. Zu großen Problemen führt die Zuwanderung aus den Dörfern in die Städte, in denen arbeitslose junge Männer betrunken und unter Drogen marodierend um die Häuser ziehen. Die hohe Gewaltrate hält Unternehmen davon ab, weiter in PNG zu investieren. 81 % der befragten 135 Unternehmen gaben an, den Fortbestand und die Expansion ihrer Firmen abhängig zu machen von der law-and-order-Situation in den Städten. 67 % aller Firmen erklärten, die hohe Gewalt- und Verbrechensrate sei der Expansion ihrer Geschäfte abträglich. 84 % der befragten Unternehmen gaben an, private Sicherheitsfirmen zum Schutz von Gebäuden, Maschinen und Arbeitern zu beschäftigen. Dies ist eine um 30 % höhere Quote als in anderen asiatisch-pazifischen Ländern. Firmen bezahlen nach eigenen Angaben jährlich etwa 5 % ihrer Ausgaben an Sicherheitsfirmen (3,2 % in Südostasien).

Inhaber von Firmen und Angestellte beklagten in der Weltbank-Studie jedoch nicht nur die hohen wirtschaftlichen Kosten, sondern bezogen sich auch auf die sozialen Folgen. Aus Angst vor Gewalt und Verbrechen sei z.B. die Mobilität der Angestellten eingeschränkt. Sie könnten aus Angst vor Überfällen das bewachte Firmengelände nicht verlassen. Berichte über Gewalttaten stigmatisierten ganze Bevölkerungsgruppen, etwa junge Männer. Gewalt gegen Frauen hielte auch auf Firmengelände Einzug, da die Arbeiter Prostituierte einschleusten.

Premierminister Peter O'Neill begrüßte die Ergebnisse der Studie, hob aber vor allem die positiven Entwicklungen hervor. So habe sich etwa die Zahl der Häftlinge in neuguineischen Gefängnissen in

den letzten drei Jahren drastisch reduziert. Seien in den Vorjahren in dem größten Gefängnis in Bomana meist über 1.000 Häftlinge untergebracht gewesen, seien es derzeit nur noch 450. Diese vergleichsweise niedrige Zahl gebe Aufschluss darüber, dass immer mehr junge Leute das Angebot an Bildung und Erziehung wahrnehmen und nicht in das Verbrechen abrutschen, erklärte der Premier zuversichtlich. Die niedrige Anzahl inhaftierter Täter sei auch ein Beweis für ein Sinken der Verbrecherrate, deutete der Premier die Ergebnisse der Weltbank-Studie. (*Pressemittteilung und Studie am 15.08.14 auf www.worldbank.org, The National 18.08.14*)

Allgemeine Schulpflicht

Im nächsten Jahr soll in Papua-Neuguinea die allgemeine Schulpflicht eingeführt werden. Das gab Bildungsminister Nick Kuman im Rahmen eines „Bildungsgipfels“ in der Western Highlands Province Anfang August bekannt. Die Schulpflicht soll sich zunächst auf die Grundschuljahre beziehen. Kuman erhofft sich davon einen Rückgang der Analphabetenrate. Derzeit besuchen etwa 70 % der Kinder im Grundschulalter eine Schule.

(*Post-Courier 01.08.14, <http://education.stateuniversity.com/pages/1166/Papua-New-Guinea-EDUCATIONAL-SYSTEM-OVERVIEW.html>*)

Überschwemmungen im südlichen Hochland

Durch über die Ufer getretene Flüsse in den Provinzen Gulf und Southern Highlands sind Ende Juli über 45.000 Menschen obdachlos geworden. Durch die Überschwemmungen wurden auch Gärten und Kaffeeplantagen zerstört, eine Hungerkatastrophe bahnt sich an. Vier Menschen starben. Auch Wochen nach den starken Niederschlägen ist das Wasser in einigen Gebieten noch nicht abgefließen. Bewohner der besonders betroffenen Gebiete entlang der großen Flüsse in den

Provinzen bemängelten die Verzögerung bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und Trinkwasser. Hilfsgüter seien noch nicht zu ihnen vorgedrungen, sagten Klansprecher im Kagua Distrikt im südlichen Hochland.

Die Provinzregierung stellte Gelder aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung. Premierminister Peter O'Neill versprach fünf Millionen Kina Soforthilfe. Provinzgouverneur William Powi steuerte 500.000 Kina aus seinem Privatvermögen bei.

Die Abgeordneten für die einzelnen Hochlandbezirke ließen sich per Helikopter einfliegen, um sich aus der Luft ein Bild von der Lage machen zu können. (*Islands Business 18.07.14, Post-Courier 22.07.14, Radio NZ Intern. 22.07.14*)

IT'ler planen Zentrum

80 Vertreter von 25 neuguineischen Start-Up-Unternehmen haben an einer zehnwöchigen Schulung teilgenommen, bei der es darum ging, in Papua-Neuguinea ein eigenes Zentrum für Telekommunikations- und Informationstechnologiedienstleistungen aufzubauen. Das Projekt ist Bestandteil eines durch EU-Gelder geförderten Programms zur Implementierung neuer Technologien in Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga und Vanuatu.

An der Schulung nahmen die Absolventen des Studiengangs „Computerwissenschaften“ von der *University of Technology* teil. Sie haben sich vorgenommen, in PNG ein „zweites Silicon Valley“ aufzubauen. Es gäbe einige Beispiele von IT-Experten, die nach erfolgreichem Abschluss im Ausland Karriere gemacht haben, erklärte Douveri Henao, der Organisator der IT-Schulung. Die meisten Absolventen würden aber lieber in PNG bleiben und sich vor Ort mit Computerdienstleistungen selbständig machen.

Angesichts des Einflusses von mobiler Kommunikation durch Smartphones auch in entlegenen

Regionen der Insel und des Umgangs der jungen Generation mit sozialen Netzwerken, dürfte es den IT'ern leichtfallen, sich Betätigungsfelder zu schaffen. Ein gutes Beispiel sei z.B. der Neuguineer Dr. Raula Kula, inzwischen Professor für Software Engineering an der Universität von Osaka in Japan. Kula habe einen Kurzmitteilungsdienst in der Moto-Sprache namens „Yu tok“ entwickelt, der inzwischen gut etabliert sei, sagte Henao. (*Radio Australia 27.06.14*)

Boom des Kreuzfahrttourismus

Das britisch-amerikanische Kreuzfahrtunternehmen *Carnival* vermeldet für das zurückliegende Jahr Rekordzuwächse bei Kreuzfahrten von Australien nach Papua-Neuguinea. In Australien firmiert Carnival unter dem Namen „P&O Cruises Australia“, benannt nach dem ehemaligen Eigner *Peninsular and Oriental Steam Navigation Company*.

Die P&O ist mit ihren Schiffen „Pacific Dawn“, „Pacific Jewel“ und „Pacific Pearl“ der größte Anbieter von Kreuzfahrten in Australien. Die Flotte läuft zwar unter britischer Flagge, die Heimathäfen sind jedoch Sydney, Brisbane und Auckland. Von dort aus starten die Kreuzfahrten nach Madang, Kavieng (Neuirland) und die Vitu-Inseln. Nach der erfolgreichen Premiere von Kreuzfahrten in die Milne-Bucht und auf die Trobriand-Inseln im vergangenen Jahr hat P&O nun seine Pläne für die Saison 2015-2016 vorgelegt und bekanntgegeben, die Kreuzfahrten nach Papua-Neuguinea wegen der hohen Nachfrage deutlich auszuweiten. Dazu hat P&O seine Kreuzfahrtschiffe um zwei weitere Schiffe namens „Pacific Eden“ und „Pacific Aria“ erweitert. Diese sollen nach Aussage von P&O-Geschäftsführerin Ann Sherry bis dato eher unbekannte Gebiete in Papua-Neuguinea ansteuern. Dazu gehört u.a. Doini Island an der östlichsten Spitze der Insel Neuguinea.

nea. Die Bereitschaft zum Ausbau der entsprechenden Infrastruktur hat Peter Vincent signalisiert. Der Geschäftsführer der staatlichen neuguineischen Tourismusbehörde erklärte, Papua-Neuguinea könne Kreuzfahrttouristen viel bieten. Man werde sich bemühen, die Ansprüche des gehobenen Kreuzfahrtpublikums im Hinblick auf einsame Badebuchten und traditionelle Dörfer in Küstennähe zu erfüllen, so Vincent. Es sei eine große Herausforderung für den Tourismusverband, die Infrastruktur so aufzubauen, dass auch große Kreuzfahrtschiffe in kleineren Buchten anlegen könnten.

P&O Cruises rühmt sich damit, mit seinen Kreuzfahrtgästen bis dato touristisch wenig erschlossene Gebiete anzufahren. Für die neue Saison hat das Unternehmen 250 Kreuzfahrten im Programm, darunter zahlreiche Premieren, wie etwa eine Kreuzfahrt nach Dili (Timor-Leste) und nach Honiara (Salomonen). (*Post-Courier* 05.08.14, <http://www.pocruises.com.au>, <http://www.pocruises.com.au/findacruise/destinations/pages/papua-new-guinea.aspx>)

BOUGAINVILLE

Fong Roka gewinnt Literaturpreis

Der neuguineische Schriftsteller Leonhard Fong Roka ist für seine Lebenserinnerungen an die Bougainville-Krise mit dem erstmals von der Minengesellschaft *Ok Tedi Mining Limited* (OTLM) vergebenen Preis „Book of the Year“ ausgezeichnet worden. Der 35-Jährige schildert in der autobiographischen Erzählung „Brokenville“ seine Erlebnisse als Guerilla-Kämpfer der *Bougainville Revolutionary Army* in den Bergen von Kieta zwischen 1988 und 1997. Fong Roka wuchs in dem Gebiet rund um die Panguna-Mine auf. Derzeit studiert er „PNG Studies“ und „Internationale Beziehungen“ an der *Divine Word University* in Madang. Für Oktober plant der Autor seinen Bachelor-Abschluss, anschließend

möchte er nach South Bougainville zurückkehren.

„Brokenville“ hat Fong Roka seiner im Juni geborenen ersten Tochter Dollorose gewidmet. Er habe das Buch geschrieben, damit seine (damals noch ungeborenen) Kinder mehr über seine Herkunft und seine Kindheitserlebnisse während der Bougainville-Krise erfahren, erklärte Fong Roka die Motivation für die ausgezeichnete Erzählung. Auf 258 Seiten schildert Fong Roka dabei nicht nur detailliert die Krise, sondern beschreibt auch sehr persönlich, wie er den Tod des Vaters durch die Hand von Rebellen 1993 in den Bergen von Kupe erlebt hat.

Fong Roka begann bereits zu Schulzeiten Mitte der 1990er Jahre auf der High School in Arawa mit dem Schreiben. Bislang sind von ihm ein Sammelband mit Kurzgeschichten „Moments in Bougainville“ sowie ein Gedichtband „The Pomong Utau of Dreams“ erschienen. Für seine Kurzgeschichten war Fong Roka im vergangenen Jahr mit dem neuguineischen „Crocodile Prize“ ausgezeichnet worden. Dafür hatte er 35.000 Kina Preisgeld erhalten. Aufgrund seiner Bücher und seines online Bougainville-Blogs <http://fongroka.blogspot.de/> wird Fong Roka im Volksmund auch „Captain Bougainville“ genannt.

Info: In der Jury des erstmals verliehenen OTML-Preises saßen Dame Carol Kidu, Trevor Freestone und Phil Fitzpatrick. OTLM ist ein neuguineisches Unternehmen, das die im Tagebau betriebene Kupfer- und Goldmine Ok Tedi im nordwestlichen Teil der Western Province verwaltet. Namensgeber des Unternehmens wie der Mine ist der Ok-Tedi-Fluss. Eigentümer von OTLM sind die *PNG Sustainable Development Program Ltd.* (63,4 %) und der Staat Papua-Neuguinea (36,6 %).

(http://asopa.typepad.com/asopa_people/2012/09/the-life-and-times-of-leonard-fong-roka-of-panguna.html, PNG Attitude 06.08.14)

SALOMONEN

Staatsbesuch in Indonesien

Anfang August hat der salomonische Premierminister Gordon Darcy Lilo einen dreitägigen Staatsbesuch in Indonesien gemacht, um die neue Botschaft seines Landes in der Hauptstadt Jakarta einzuweihen. Chef der diplomatischen Mission dort ist Botschafter Salana Kalu. Anschließend traf sich Lilo in Bogor (West-Java) zu Gesprächen über eine zukünftige engere bilaterale Zusammenarbeit mit dem ehemaligen indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono sowie mit dem designierten neuen Präsidenten Joko Widodo. Bei den Gesprächen zwischen den Regierungschefs ging es auch um die Westpapua-Frage. Bis dato ist Vanuatu der einzige pazifische Inselstaat, der die Unabhängigkeit von Westpapua unterstützt bzw. sich für politische Selbstbestimmtheit der Papuas einsetzt. Lilo erklärte, bei diesem heiklen Thema käme es sehr auf Fakten an, nicht auf Gerüchte und Missinformationen. Die Salomonen würden sich gerne an einer Lösung des Westpapua-Problems beteiligen, bot der Premier seine Unterstützung an. Man respektiere jedoch die territoriale Selbstbestimmtheit Indonesiens und werde sich nicht in interne Angelegenheiten einmischen, machte der Premier deutlich.

Während seines Besuchs sprach Lilo auch mit Verantwortlichen aus Wirtschaft und Industrie, u.a. mit dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer sowie mit den Geschäftsführern von *Golden Agri-Resources* und von *Maritim Timur Jaya*, einem der größten Fisch verarbeitenden Betriebe in Indonesien. Beide Firmen investieren derzeit auf den Salomonen. Lilo zeigte sich zudem dankbar über die Vergabe von zehn indonesischen Stipendien an junge Studenten aus den Salomonen. Gut ausgebildete

Menschen seien wichtig für sein Land und er freue sich, dass einigen jungen Menschen nun die Möglichkeit zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung an indonesischen Universitäten geboten würde, erklärte Lilo. (*The Island Sun* 07.08.14, *Solomon Star* 09.08.14, *Jakarta Post* 13.08.14, <http://www.embassypages.com/missions/embassy20128/>)

Neue Botschaft in Kuba

Am 24. Juli hat Premierminister Gordon Darcy Lilo in der kubanischen Hauptstadt Havanna die salomonische Botschaft eröffnet. Chef des Hauses ist Botschafter Rogelio Sierra. Es handelt sich um die erste diplomatische Vertretung eines pazifischen Inselstaates in Kuba.

Grund für die Eröffnung ist die langjährige Zusammenarbeit beider Staaten im medizinischen Sektor. Seit Jahren werden in Kuba Krankenschwestern und Ärzte aus den Salomonen ausgebildet. Vor allem die Krankenschwesterausbildung an der medizinischen Hochschule von Havanna lockt junge Menschen nach Kuba. Dort absolvieren die Krankenpfleger nicht nur eine dreijährige Ausbildung, sondern ein sechsjähriges Studium, das mit einem weltweit anerkannten Diplom abschließt. Noch in diesem Jahr werden 22 von insgesamt 100 Medizinstudenten ihren Abschluss als Humanmediziner machen, um anschließend auf die Salomonen zurückzukehren.

Premier Lilo erhofft sich von der Eröffnung der neuen Botschaft eine engere Zusammenarbeit beider Länder in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus. Auch in diesen Sektoren will er junge Menschen aus den Salomonen ausbilden lassen.

Kuba unterhält bereits seit einiger Zeit diplomatische Beziehungen zu Fidschi und Vanuatu. Auch aus diesen Ländern wird medizinisches Fachpersonal ausgebildet. (*Solomon Times* 23.07.14, *Flash d'Océanie* 29.07.14)

† JFK-Retter Kumana

Aaron (Eroni) Kumana aus der Western Province ist tot. Der 93-jährige (nach anderen Quellen: 94-, 96-jährige) Fischer und Kanubauer starb am 3. August in seinem Heimatdorf auf der Insel Rannoga. Kumana war einer der letzten Veteranen des Zweiten Weltkriegs auf den Salomonen. Er war in den USA als „Kriegsheld“ bekannt, weil er den späteren amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy (JFK) während der japanischen Besetzung der Salomonen rettete.

Kumana und Biuku Gasa unternahmen als Küstenwächter am 2. August 1943 eine Kontrollfahrt nahe der Provinzhauptstadt Gizo, als sie auf der Insel Olasana in der Vonavona-Lagune den Kommandanten des Schnellbootes PT-109, John F. Kennedy, und zehn weitere Soldaten der amerikanischen Marine ausmachten. Die Marinesoldaten hatten sich schwimmend auf die Insel gerettet, nachdem ihr Schnellboot von dem japanischen Zerstörer Amagiri gerammt worden war und daraufhin gesunken war. Kennedy ritzte einen Hilferuf (NAURU ISLAND ... COMMANDER ... NATIVE KNOWS POSITION ... HE CAN PILOT ... 11 ALIVE ... NEED SMALL BOAT ... KENNEDY) in die Hälfte einer Kokosnuss und übergab diese den beiden Männern aus den Salomonen. Unter Einsatz ihres Lebens schlugen sich Kumana und Gasa durch die japanische Frontlinie bis zu einer Basis der Alliierten durch und holten so Hilfe für die gestrandeten Soldaten. Kennedy und seine Mannschaft wurden gerettet. Der spätere Präsident Amerikas vergaß diese Tat nicht und lud beide Männer zu seiner Amtseinführung 1961 nach Amerika ein. Die damals noch unter britischer Herrschaft stehenden Salomonen verweigerten den beiden Männern jedoch die Ausreise, weil ein britischer Kolonialoffizier deren Englisch für zu schlecht befand. In Kennedys posthum veröffentlichten Tagebüchern bedauerte er am 22. November 1963 in

Dallas ermordete Präsident, dass seine beiden Lebensretter ihn nicht anlässlich der Amtseinführung besuchen durften.

Info: Biuku Gasa starb bereits am 23. November 2005. Die Insel Olasana wurde später umbenannt in „Kennedy Island“. Die geschnitzte Kokosnuss stand bis zu seinem Tod auf Kennedys Schreibtisch im Oval Office und befindet sich nun im Museum in Washington DC.

Kumana hinterlässt neun Kinder, 50 Enkelkinder und 75 Urenkel.

(*Solomon Star* 04.08.14, *Radio Australia* 03.08.14, *Wikipedia*, *New York Times* 16.08.14)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.]

44 UN-Blauhelmsoldaten von syrischen Islamisten verschleppt

Auf den syrischen Golan-Höhen sind 44 fidschianische Blauhelmsoldaten der Vereinten Nationen (UN) von einer islamistischen Miliz verschleppt worden. Außerdem waren 81 weitere, aus den Philippinen stammende, Soldaten der gleichen UN-Mission mehrere Tage von der Miliz eingekesselt, konnten sich später aber in Sicherheit bringen. Die Soldaten gehören zur *United Nations Disengagement Observer Force* (UNDOF), welche die Grenze zwischen Israel und Syrien überwachen soll. In ersten Quellen war zunächst von 43 gefangenen fidschianischen Soldaten die Rede. Berichten zu Folge hätten diese ihre Waffen abgeben müssen und seien an einen weiterhin unbekanntem Ort verbracht worden. Die Vereinten Nationen gaben jedoch ebenso wie die fidschianische Armee bekannt, dass man aus zuverlässigen Quellen wisse, dass es den Soldaten den Umständen entsprechend gut gehe.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Entführung verurteilt und die sofortige Freilassung der Soldaten gefordert. Gemeinsam mit der fidschianischen Übergangsregierung bemühen sich die Vereinten Nationen in geheimen Verhandlungen um die Freilassung der Soldaten. Bei Redaktionsschluss waren hierzu noch keine weiteren Informationen vorhanden.

Info: UNDOF ist eine der ältesten Beobachtermissionen der Vereinten Nationen und wurde 1974 gegründet. Seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs wurden die Einheiten immer wieder in diesen verwickelt. Aufgrund der steigenden Gefahr für die Beobachtermission zogen 2013 daher mehrere europäische Staaten, darunter Österreich als damals größter Truppensteller der Mission, ihre Einheiten von den Golan-Höhen ab. Ein Großteil dieser Einheiten wurde damals von fidschianischen Soldaten ersetzt. Laut den letzten von den Vereinten Nationen veröffentlichten Daten aus dem Juli 2014 stellt Fidschi derzeit 477 der insgesamt 1.223 Beobachter auf den Golan-Höhen. Damit ist Fidschi größter Truppensteller vor Indien, den Philippinen, Irland, Nepal und den Niederlanden.

(Fiji Times 29.08.14, 30.08.14, SPIEGEL Online 30.08.14, Tagesschau 31.08.14, United Nations Department for Peacekeeping Operation 30.08.14)

Sieben Parteien nehmen an der Wahl am 17.09. teil

Am 17. September 2014 sollen die lange erwarteten ersten demokratischen Wahlen in Fidschi seit der Machtübernahme durch das Militär im Jahr 2006 stattfinden. Einen Monat vor dem Wahltermin ist die Registrierungs- und Nominierungsphase für Parteien und Kandidaten abgelaufen. Nun steht fest, dass insgesamt sieben Parteien und zwei zusätzliche unabhängige Kandidaten an der Wahl für das insgesamt 50-köpfige Parlament teilnehmen. Unter den Parteien befindet sich

die erst vor wenigen Monaten gegründete *Fiji First*-Partei des früheren fidschianischen Militärschefs und noch amtierenden Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama, der laut Prognosen derzeit sehr gute Chancen auf den Wahlsieg hat. *Fiji First* gehören neben Bainimarama auch die meisten anderen Minister seines derzeitigen Übergangskabinetts an, darunter der Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum, der auch für die Durchführung der Wahlen zuständig ist. Trotz heftigen Protests aus anderen Parteien hat er es bisher abgelehnt, aufgrund seiner Kandidatur bei den Wahlen sein Amt abzugeben.

Daneben treten die *Fiji Labour Party*, die *National Federation Party*, die *Social Democratic Liberal Party* und die drei neugegründeten Parteien *People's Democratic Party*, *Fiji United Freedom Party* und *One Fiji Party* an. Bei der *Social Democratic Liberal Party* handelt es sich um die frühere Partei *Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua* des früheren Premierministers Laisenia Qarase. Sie tritt bei der Wahl mit dem Häuptling Marama Gone na Roko Tui Dreketi Ro Teimumu Kepa als Spitzenkandidaten an und setzt sich für eine Wiedereinführung des *Great Council of Chiefs* ein, welcher den Einfluss indigener Fidschianer repräsentiert.

Die *Fiji Labour Party* wollte ursprünglich mit dem früheren Premierminister und amtierenden Parteivorsitzenden Mahendra Chaudhry antreten. Nach einer Verurteilung darf dieser allerdings nicht antreten (siehe unten).

Die *National Federation Party* schickt den Akademiker Dr. Biman Prasad als Spitzenkandidaten ins Rennen.

Die *People's Democratic Party* setzt sich für Gewerkschaftsinteressen ein und wird vom bekannten fidschianischen Gewerkschaftler Felix Anthony angeführt, während die *Fiji United Freedom Party* insbesondere junge Menschen repräsentieren möchte und die *One Fiji Party* sich ebenso wie auch Bainimarama's *Fiji First*-

Partei die Überwindung ethno-politischer Politik auf die Fahne geschrieben hat. Offiziell erklären alle Parteien, dass sie sich gegen ethnische Spaltungen in Fidschi einsetzen wollen. Vor allem der *Social Democratic Liberal Party* und dem früherem Ministerpräsidenten Qarase werfen andere Parteien aber vor, im Wahlkampf weiter religiöse und ethnische Intoleranz anzuhetzen. Insbesondere Aussagen von Qarase, die das Christentum als überlegene Religion, welche Staatsreligion werden sollte, bezeichnen, verursachten heftige Kritik. Für Wirbel sorgte zudem seine Behauptung, die Durchnummerierung der Kandidaten auf den Wahlzetteln basiere auf mystischen Zahlenkombinationen aus dem Koran. Diese Behauptung wurde von der Wahlkommission als völlig absurd zurückgewiesen. Vielmehr erhalte jeder Kandidat eine zufällig ausgewählte dreistellige Zahlenkombination, die deutlich machen sollte, dass alle Kandidaten gleichberechtigt seien (und es z.B. keinen Kandidaten mit der Nummer „1“ gibt).

Während eines Neuseeland-Besuchs im August hat Bainimarama, der es jahrelang abgestritten hatte, nach den Wahlen weiter in der Politik aktiv bleiben zu wollen, erklärt, dass er das Wahlergebnis in jedem Fall akzeptieren möchte. Es war sein erster Besuch in Neuseeland seit sieben Jahren.

Im letzten Jahr haben Neuseeland sowie Australien schrittweise bestehende Reisesanktionen aufgehoben, die es Bainimarama und anderen hohen Regierungsvertretern verboten hatten, in die Länder einzureisen. Den Besuch in Neuseeland nutzte Bainimarama nicht nur, um sich mit neuseeländischen Politikern zu treffen, sondern auch, um mehrere Wahlkampftermine für in Neuseeland lebende Fidschianer zu absolvieren. *(Islands Business Online 07.08.14, 08.08.14, 17.08.14, 18.08.14, Fijilive 08.08.14, 17.08.14)*

Änderung des Wahlgesetzes

Nur wenige Wochen vor der geplanten Wahl hat die Übergangsregierung das Wahlgesetz abgeändert und dadurch heftigen Protest politischer Parteien verursacht. So wurde ein Absatz um einen neuen Unterabschnitt erweitert, der besagt, dass nur Kandidaten an der Wahl teilnehmen dürfen, welche in den vergangenen zwei Jahren ihren Hauptwohnsitz in Fidschi hatten und in diesem Zeitraum auch tatsächlich mindestens 18 Monate in Fidschi verbracht haben. Solche Formulierungen sind in Wahlgesetzen anderer Staaten auf der ganzen Welt zwar nicht unüblich, werden aber immer wieder als ein mögliches Mittel zur Verhinderung unliebsamer Gegenkandidaten kritisiert. Im vorliegenden Fall gibt es keinen Hinweis darauf, dass sich die neue Regelung gegen das Führungspersonal einer Partei richtet. Zumindest die *National Federation Party* gab jedoch bekannt, dass sie aufgrund dieser Regelung drei Kandidaten von ihrer ursprünglich geplanten Kandidatenliste nehmen müsste, darunter ein früherer Rugby-Spieler.

Für einen Aufschrei sorgte die Veränderung des Wahlgesetzes bei den politischen Parteien aber vor allem wegen ihres Zeitpunkts: Die Änderung wurde nicht einmal zwei Wochen vor der Frist zur Abgabe der Kandidatenlisten bekanntgegeben. *Fiji Labour-Party*-Chef Chaudhry sagte, es könne nicht sein, dass die Regeln noch geändert werden, während der Prozess längst im Gange sei. Er wies auch darauf hin, dass die Übergangsregierung eine ähnliche Regelung, welche vorgesehen hatte, dass auch die Wähler ihren Wohnsitz für mindestens zwei Jahre in Fidschi haben mussten, einseitig geändert habe, was auch im Ausland lebenden Fidschianern die Beteiligung an der Wahl erlaube. Umso überraschender sei nun die Einführung dieser Regelung für die Kandidaten. Die *Social Democratic Liberal Party* hingegen bemängelte vor

allem, dass diese Regelung ungerechterweise auch auf fidschianische Beamte zutreffe, welche in offizieller Mission, beispielsweise als Diplomaten, im Ausland eingesetzt waren. Von der Wahlkommission hieß es allerdings, dass man keine offizielle Beschwerde gegen die neue Regelung erhalten habe. (*Islands Business Online* 08.08.14, *Fiji Times* 08.08.14)

Australien, Indien, Indonesien und Papua-Neuguinea leiten Wahlbeobachtermission

In Vorbereitung auf die Mitte September stattfindenden Wahlen in Fidschi befanden sich zu Redaktionsschluss bereits erste internationale Wahlbeobachtungsteams in Fidschi. Nach Konsultationen der fidschianischen Regierung mit ausländischen Regierungen hat Fidschi entschieden, dass das internationale Wahlbeobachtungsteam gemeinsam von Australien, Indien, Indonesien und Papua-Neuguinea geleitet werden soll. Zusätzlich sollen dem aus insgesamt 14 Nationalitäten bestehenden Team Vertreter aus Israel, Südafrika, Brasilien, Russland, der Türkei, Japan, Neuseeland, Südkorea, Frankreich und Großbritannien angehören. Den jeweiligen Länderdelegationen gehören jeweils aktuelle und frühere Abgeordnete, Beamte und Wahlbeobachtungsexperten an. Die Teams sollen sicherstellen, dass es während der am 17. September stattfindenden Wahlen zu keinen Zwischenfällen kommt und eine faire und demokratische Wahl gewährleistet wird. Zwischen den teilnehmenden Nationen und der fidschianischen Übergangsregierung wurde dazu ein Abkommen unterzeichnet, welches den Wahlbeobachtern Bewegungsfreiheit in ganz Fidschi und Zugang zu den Wahllokalen zusichert. Außerdem dürfen die Beobachter Gespräche mit Regierungsvertretern, allen politischen Parteien sowie mit sonstigen sozialen und politischen Vereinen und Organisationen führen. (*Islands Business Online* 14.08.14)

Urteil gegen Mahendra Chaudhry ist gültig

Ein fidschianisches Berufungsgericht hat den Einspruch des früheren Premierministers Mahendra Chaudhry gegen ein im April verhängtes Urteil wegen Steuerhinterziehung zurückgewiesen. Damit steht definitiv fest, dass der Parteivorsitzende der *Fiji Labour Party* nicht an der Wahl am 17. September teilnehmen darf. Bereits im April war Chaudhry wegen Verstoßes gegen den sogenannten *Exchange Control Act* verurteilt worden, da er angeblich 1,5 Millionen Australische Dollar (ca. 1,065 Mio. €), die auf australischen Banken gelegen haben, nicht angemeldet hatte. Das damalige Urteil setzte das Strafmaß auf die Zahlung von zwei Millionen Fidschi-Dollar oder 15 Monate Gefängnis fest. Das Berufungsgericht entschied nun, dass diese Strafe unverhältnismäßig sei und senkte die Geldstrafe auf eine Million Fidschi-Dollar (ca. 407.000 €) herab. Da das Urteil selbst aber bestehen bleibt, darf Chaudhry weiterhin nicht bei den anstehenden Wahlen kandidieren, da die fidschianische Verfassung vorschreibt, dass nur Personen antreten dürfen, die in den letzten acht Jahren vor der Wahl strafrechtlich nicht verurteilt worden sind. Chaudhry hat sich auch nach dem Berufungsurteil dennoch dafür entschieden, seinen Namen auf der Kandidatenliste der *Fiji Labour Party* zu lassen. Allerdings wurde er, wie bereits zuvor angenommen, von der Wahlkommission nicht zugelassen und von der Liste gestrichen. Rein theoretisch steht Chaudhry noch die Möglichkeit offen, das Oberste Gericht anzurufen. Von dieser Möglichkeit möchte Chaudhry laut Aussagen seines Anwalts Gebrauch machen. Da eine Entscheidung aber erst nach der Wahl zu erwarten ist, dürfte dies keine Auswirkungen auf seine Nichtzulassung haben. Chaudhry argumentiert, dass er das bei australischen Banken liegende Geld zwar nicht in der vom Gericht verlangten Weise angemeldet, aber alle Steuern korrekt

bezahlt habe und seiner Verurteilung deshalb eine Fehlinterpretation des zugrundeliegenden Gesetzes vorliegt. (*Islands Business Online 07.08.14, Fiji Live 07.08.14, ABC 14.08.14, 19.08.14, Fiji Times 08.08.2014, 15.08.14*)

Weltweit höchste Todeszahl durch Herzkrankheiten in Fidschi

Nach Aussagen von Ärzten ist das Risiko, an Herzkrankheiten zu sterben, nirgendwo in der Welt höher als in Fidschi. Nach Zahlen, die der in Australien lebende fidschianische Arzt Dr. Vijay Kapadia vorlegte, kommen auf 100.000 Einwohner in Fidschi 304 Menschen, die an Herzkrankheiten sterben. Diese Zahl sei mehr als viermal so hoch wie Vergleichswerte aus Australien.

Gemeinsam mit der fidschianischen Regierung hat Dr. Kapadia nun ein Herzzentrum eröffnet, welches sich den bisher unzureichend behandelten Herzkrankheiten in Fidschi annimmt. Errichtet wurde die Spezialeinrichtung, die im August vom fidschianischen Übergangspräsident Voreqe Bainimarama eingeweiht wurde, durch finanzielle Förderung der indischen Regierung. Dr. Kapadia hofft, dass die Rate der an Herzkrankheiten versterbenden Menschen in Fidschi zukünftig sinkt. Bis vor kurzem, so heißt es, habe es in Fidschi nicht nur keine Spezialeinrichtung für die Behandlung von Herzkrankheiten gegeben, sondern nicht einmal einen einzigen auf Herzkrankheiten spezialisierten Kardiologen.

(*Islands Business Online 13.08.14, FijiLive 13.08.14*)

Russische Militär- Delegation besucht Fidschi

Ende Juli hat eine hochrangige russische Militärdelegation Fidschi besucht und sich mit Regierungs- und Militärvertretern getroffen. Geleitet wurde die russische Delegation vom Militärchef, Colonel Sergei Yushenko. Berichten zu Folge hat sich die Delegation

unter anderem mit Commander Moses Tikoitoga, dem Nachfolger von Übergangspräsident Bainimarama als Chef des fidschianischen Militärs, dem Minister für Jugend und Sport, Commander Viliame Naupoto, und mehreren Beamten mit Botschafterrang getroffen. Über den Inhalt des nicht öffentlichen Treffens wurde bisher nichts bekannt.

Fidschi, Russland und die beiden Militärs der Staaten nähern sich seit einigen Jahren vorsichtig an. Erstmals erkennbar wurde dies im vergangenen Jahr, als erst Fidschis Angebot, Soldaten für eine UN-Mission auf den Golan-Höhen zu entsenden (dieselbe UN-Mission, aus der derzeit 43 fidschianische Soldaten von Islamisten verschleppt worden sind), Russland zur Aufgabe des Plans der Entsendung eigener Soldaten geführt hat. Zuvor hatte Russland vehement gefordert, eigene Blauhelmsoldaten auf die Golan-Höhen senden zu dürfen. Dies hatte die UN wegen der russischen Parteilichkeit im inner-syrischen Konflikt jedoch abgelehnt. (*Islands Business Online 24.07.14, FijiLive 24.07.14*)

VANUATU

Premier gibt Richtlinien für Regierung bekannt

Premierminister Joe Natuman hat bei einer Besuchsreise durch seinen Wahlkreis Tanna fünf traditionell überlieferte Regeln („kastom“) genannt, nach denen er zukünftig das Land regieren will. Die fünf „goldenen N-Regeln“ (so benannt nach dem jeweiligen Anfangsbuchstaben N in der Sprache *Netuar Tanna*) seien ihm von den Ältesten des Dorfes bereits in seiner Kindheit beigebracht worden und die jungen Leute von heute täten gut daran, diese in den Dörfern und in den Kirchen benannten Regeln ebenfalls einzuhalten, forderte Natuman. Er erklärte, bei den Regeln handle es sich um 1) Liebe (Nolkeikeian), 2) Respekt (Nisiaian),

3) so benannt nach dem berühmten Ausspruch des ersten Premierministers Father Walter Lini „Respect is honourable“, 3) Hilfsbereitschaft und Generosität (Nasituan), 4) Aufrichtigkeit und Wahrheit (Nupahrianan) sowie 5) guter Wille und Rechtschaffenheit (Nawitan).

Premierminister Natuman, der erst seit dem 14. Mai 2014 im Amt ist, erklärte, diese einfachen Regeln seien leider in der Vergangenheit nicht immer von der Regierung beachtet worden. Sie seien jedoch notwendig, um eine derartig kleine Gemeinschaft wie die Ni-Vanuatus mit ihren rund 267.000 Menschen gut und gerecht führen zu können. (*Vanuatu Daily Post 16.06.14*)

Pazifikweit höchstes Bevölkerungswachstum

Vanuatu hat die höchste Bevölkerungswachstumsrate in Ozeanien. Das erklärte Lorna Rolls, die Chefin des pazifischen Regionalbüros des *Weltbevölkerungsprogramms der Vereinten Nationen* (United Nations Population Fund, UNFPA) aus Suva (Fidschi) anlässlich eines parlamentarischen Workshops in der vanuatischen Hauptstadt Port Vila Anfang Juli.

Minister, einige Mitglieder des Parlaments und Verantwortliche aus staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen waren zusammengekommen, um sich in dem „*Advocacy Workshop for Parliamentarians on Populations and Development*“ mit Fragen des Bevölkerungswachstums auseinanderzusetzen. Rolls erklärte, mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 2,3 % liege Vanuatu an der Spitze der pazifischen Länder. Nur die Salomonen haben eine gleichgroße Bevölkerungswachstumsrate, dicht gefolgt von Kiribati mit 2,1%. Vanuatu hat zudem die vierthöchste Fruchtbarkeitsrate mit 4,1 Kindern pro Frau. Dabei ist die vorgeburtliche Überwachung und Diagnostik sehr hoch: 98,1 % aller zukünftigen Mütter sind be-

reits vor der Geburt in medizinischer Behandlung.

Rolls gab im Verlauf des Workshops ebenfalls bekannt, dass Vanuatu die zweithöchste Jugendlicherate in der Region Ozeanien hat. 20 % der Gesamtbevölkerung sind zwischen 15 und 24 Jahren alt.

Sie ermahnte die Verantwortlichen aus der Politik, die bereits im Jahr 2011 eingeführte *National Population Policy* an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und sich vor allem stärker im Bereich der Beratung und Aufklärung zu engagieren.

Info: Die höchste Bevölkerungswachstumsrate weltweit hat nach Angaben der Weltbank aus dem Jahr 2012 Oman mit 9,13 %, die niedrigste hat Lettland mit einem Schwund von -1,60 %. In den letzten Jahren stagnierte das Bevölkerungswachstum in Deutschland (Zuwachsraten um null Prozent). Ab 2015 wird mit einem Bevölkerungsrückgang gerechnet. Die Fertilitätsrate betrug im Jahr 2011 rund 1,36 geborene Kinder pro Frau. Das bedeutet, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland ohne Zuwanderung bereits gesunken wäre.

(Vanuatu Daily Post 08.07.14, <http://countryoffice.unfpa.org/filemanager/files/pacific/cp3.pdf>, Das Statistik-Portal online)

Wan Smol Bag feiert Jubiläum

Die vanuatische Theatergruppe *Wan Smol Bag* (dt. Eine kleine Tasche) hat Ende Juni ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert. Die Theatergruppe wurde 1989 in der Hauptstadt Port Vila von vier Schauspielern, darunter Peter Walker, gegründet. Von den vier Gründungsmitgliedern sind noch zwei mit dabei: Charleon Falau sowie der derzeitige Direktor Peter Walker.

Der Bislama-Name „Wan Smol Bag“ bezieht sich auf die Tatsache, dass die Schauspieler nur mit so wenig Requisiten und Kostümen auskommen, wie in eine Reisetasche passen. Die Thea-

tergruppe macht „community theatre“, d.h. sie hat keine feste Spielstätte, sondern reist von einem Dorf zum anderen und führt dort in Gemeindehallen oder open Air auf Plätzen ihre Stücke auf. Die Gruppe tourt auch regelmäßig durch die pazifischen Anrainerstaaten mit ihren Lehrstücke zu sozialen, politischen und gesundheitlichen Themen. So geht es in den kurzen, meist einstündigen Stücken um häusliche Gewalt, Aids-Erkrankungen, den Umweltschutz oder die Ausübung des Wahlrechts. Ganz aktuell tourt die Truppe mit dem Programm „Moving Biological Diagrams“. Dabei laufen die Schauspieler als Ei- und Samenzelle verkleidet durch die Straßen und bemühen sich, mit Jugendlichen zu den Themen Sexualität und Geschlechtsverkehr ins Gespräch zu kommen. Bei diesen Aufführungen wird die Gruppe oft von Krankenschwestern oder Sozialarbeitern begleitet. Nach den Theateraufführungen finden regelmäßig Diskussionen zwischen Schauspielern und dem Publikum statt. So gelingt es dem Team um Peter Walker, auch über Tabuthemen der dörflichen Gemeinschaft öffentlich zu reden und Jugendliche und junge Erwachsene für wichtige Themen zu sensibilisieren. Einige Stücke des Bildungstheaters laufen bewusst interaktiv, die Zuhörer können per Zuruf über den Fortgang der Handlungen entscheiden und sich auch an den Dialogen der Schauspieler beteiligen.

Info: Die Nichtregierungsorganisation *Wan Smol Bag* betreibt inzwischen auch mehrere Gesundheits- und Erziehungsberatungsstellen in Vanuatu. Sie hat den Bau von Sportplätzen finanziell unterstützt, mehrere Jugendzentren aufgebaut sowie ein Netzwerk an Unterstützern gegründet, das sich besonders für den Schutz von Natur und Umwelt engagiert. Neben der Schauspielertätigkeit produziert die Theatergruppe auch Musik-CDs, Filme und Bildungsmaterialien für Schulen und Gemeinden auf DVDs. Zu einem Fernseh-Bestseller avan-

cierte die von *Wan Smol Bag* für das Fernsehen produzierte Seifenoper „Love Patrol“, in der es um jugendliche Liebespaare geht, die an Aids erkrankt sind.

Ihr 25-jähriges Jubiläum hat das *Wan Smol Bag* mit einem internationalen Theaterfestival gefeiert. Das Festival fand vom 29. Juni bis zum 6. Juli in Port Vila und vom 7. bis zum 11. Juli in Luganville statt. Dazu waren eigens Schauspielkollegen aus Südafrika, Australien und Neuseeland angereist.

(<http://www.abc.net.au/ra/carvingout/issues/casestudies/wansmolbag.htm>, <http://www.wansmolbag.org/>, Radio NZ Intern. 30.06.14)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Nickel-Deal geplatzt

Der neue Präsident der südlichen Provinz, Philippe Michel, hat ein von seiner Vorgängerin Cynthia Ligeard unterzeichnetes „Memorandum of Understanding“ zur Erschließung eines Nickelvorkommens rückgängig gemacht. Michel kündigte dem französischen Bergbau- und Metallurgie-Unternehmen *Eramet* und dem brasilianischen Bergbaukonzern *Vale* die Zusammenarbeit auf. Das Abkommen zwischen der Provinzregierung und den beiden Bergbaukonzernen sah eine vierjährige Explorationsstudie des Nickelvorkommens vor. Die Konzerne hatten eigentlich vor, in dem Gebiet eine auf 50 Jahre ausgerichtete Nickelmine zu erbauen und dort etwa drei Millionen Tonnen Nickel zu produzieren.

Michel begründete die Kündigung des im April 2014 unterzeichneten Memorandums damit, dass darin etliche rechtlich und moralisch nicht tragbare Klauseln gestanden hätten. Im Dokument hätte es vor allem Passagen zugunsten der ehemaligen Provinzpräsidentin gegeben und dies sei nicht haltbar.

Ein Subunternehmen des französischen Konzerns Eramet, *Société Métallurgique Le Nickel*, (SLN), betreibt in Neukaledonien fünf Minen und beschäftigt 2.200 Angestellte. Der Staat hält 26 % der Anteile an SLN. (AFP 08.08.14, Radio NZ Intern. 08.08.14, 13.08.14)

Neuer Botschafter

Vincent Bouvier ist neuer französischer Botschafter in Neukaledonien. Er wurde am 23. Juli ernannt, nachdem sein Amtsvorgänger, Botschafter Jean-Jacques Brot, aufgrund von Unstimmigkeiten mit der Regierung im Mutterland zurückgetreten war. Brot war seit Februar 2013 im Amt. Er begründete seinen Rücktritt mit der Tatsache, dass er mit dem Kurs der französischen Regierung in Bezug auf das bis 2018 abzuhaltende Referendum über den zukünftigen politischen Status Neukaledoniens nicht einverstanden sei.

Bouvier (Jahrgang 1952) hat sein Amt am 18. August in Nouméa angetreten. Der studierte Jurist und Politikwissenschaftler steht seit Ende der 1980er Jahre in diplomatischen Diensten Frankreichs. Von Dezember 2012 bis Juni 2013 war er kurzzeitig für das Finanzressort im französischen Überseeministerium zuständig. Seit Januar 2013 war Bouvier auch Präfekt der Region Haut-Rhin. (Wikipedia FR, Le Monde 23.07.14, Radio NZ Intern. 24.07.14)

Rückkehr des Schädels von Ataï nach Kanaky

Häuptling Ataï führte 1878 einen der größten Aufstände, bekannt unter dem Namen „Insurrection de 1878“, gegen die französischen Kolonialherren an. Während der Gefechte wurde der Häuptling von einem Verräter, einem Kanak, der mit der Kolonialmacht paktierte, erschlagen. Sein Schädel wurde daraufhin in Nouméa, der Hauptstadt Neukaledoniens, präpariert und konserviert,

bevor er nach Frankreich gebracht wurde. 1882 wurde der Schädel von dem Arzt Théophile Chudzinski in Paris studiert. Anschließend blieb er viele Jahrzehnte verschollen. Wahrscheinlich wurde der Schädel von Ataï im Museum „Broca“ in Paris gelagert. Die Kanak in Neukaledonien forderten seitdem die Rückgabe des Schädels ihres berühmten Häuptlings. Im Juli 2011 berichtete die Zeitung „Le Pays“, dass der Schädel im „Jardin des Plantes“ in Paris aufgetaucht sei.

Am 28. Juli schließlich übergab der französische Überseeminister George Pau-Langevin den Schädel offiziell den Nachfahren Ataï, einem Clan des La Foa Districts. Die Zeremonie fand in Paris im Naturhistorischen Museum (Muséum National d'Histoire Naturelle) statt.

Am 2. September kehrte der Schädel nun nach Neukaledonien zurück, wo er im Dorf Petit-Couli aufgebahrt wird, bevor eine traditionelle Zeremonie die einjährige Trauer beenden wird. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen. Quellen: Les Nouvelles Calédoniennes 02.09.14, <http://www.outremer.gouv.fr>, <http://fr.wikipedia.org>)

MIKRONESIEN

Gesundheitspreis für Tabaksteuer

Palau: Die Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organisation, WHO*) hat der Inselrepublik Palau einen Sonderpreis für deren Erhöhung der Tabaksteuer Anfang des Jahres verliehen. Zum 1. Januar 2014 hat die Regierung die Steuern für Tabakprodukte von 2,00 auf 3,5 US-Dollar pro 17 Gramm erhöht. Zum 1. Januar 2015 soll die Steuer auf 5,00 US-Dollar pro 17 g steigen.

Mit dem Gesetz Nr. 9-15 hat Palau zudem zu Beginn des Jahres die zollfreie Ein- und Ausfuhr von Tabakprodukten bei Strafe verbo-

ten. Zollfrei eingeführt werden darf ab sofort nur noch 1 bereits angebrochene Zigarettenpackung pro Person. Außer Palau haben nur noch drei andere Staaten weltweit (Barbados, Sri Lanka und Singapur) die zollfreie Einfuhr von Tabakprodukten so streng limitiert.

Für die massiven Steuererhöhungen hatte sich die Nichtregierungsorganisation *Coalition for a Tobacco-Free Palau* eingesetzt. Zum „World No Tobacco Day“ am 31. Mai veranstaltete diese NRO einen Marathon sowie verschiedene Laufwettbewerbe. Der Tag stand unter dem Motto „*Raise Tobacco Taxes*“. Präsident Thomas E. Remengesau jr. nutzte den Tag, um sich und seine Frau als neue Nichtraucher vorzustellen. Kambes Kesolei, Vizevorstand der Antiraucher-Koalition, lobte das vorbildliche Verhalten des gesundheitsbewussten Präsidenten.

Mit der Erhöhung der Tabaksteuer folgt Palau den WHO-Empfehlungen zur Reduzierung der Nikotinsucht, wie sie in Artikel 6 der „*Framework Convention on Tobacco Control*“ aus dem Jahr 2012 formuliert wurden.

Bei ihrem Gipfeltreffen 2013 hatten die Gesundheitsminister der pazifischen Inselstaaten das gemeinsame Ziel „*Tobacco Free Pacific 2025*“ verabschiedet. Neben Palau haben auch folgende Pazifikstaaten ihre Tabaksteuer erhöht: Cook-Inseln, Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen und Tonga.

Info: In Deutschland beträgt die Tabaksteuer seit Januar 2014 für Zigaretten 9,63 Cent je Stück. (Marianas Business Journal 16.06.14, <http://www.fctc.org/fca-news/price-and-tax/1086-palau-bans-sale-of-duty-free-tobacco>, <http://www.wpro.who.int/southpacific/mediacentre/releases/2014/tobacco-control/en/>)

ADB-Regionalbüro eröffnet

Palau: Anfang August haben der Vizepräsident der *Asian Development Bank* (ADB), Bruce Davis, und der palauische Finanzminister Elbuchel Sadang ein neues ADB-Regionalbüro in Koror eröffnet. Leiterin des Büros ist Frau Alfonsa Koshiba.

Das Regionalbüro sei ein Zeichen für die noch engere Zusammenarbeit zwischen der Entwicklungshilfebank und dem Staat Palau, sagte Davis bei der Einweihung des Büros. Die ADB werde sich weiter in den bis dato bereits geförderten Bereichen Trinkwasserversorgung und Sanitär, Bekämpfung von Klimawandelfolgen sowie Ausbau des privaten und öffentlichen Sektors engagieren, erklärte Davis. Durch die neue räumliche Nähe könne die ADB die Regierung noch besser bei der Umsetzung des *Palau Country Operations Business Plan 2014-2016* unterstützen, hieß es weiter.

Die ADB unterstützt Palau bereits seit dem Jahr 2003. Sie hat bisher Kredite in Höhe von 44,8 Millionen US-Dollar bewilligt sowie technische Projekte mit 2,9 Millionen US-\$ unterstützt.

Neben dem Regionalbüro in Koror betreibt die ADB weitere regionale Niederlassungen in folgenden Pazifikstaaten: Cook-Inseln, Kiribati, Marshall-Inseln, Samoa, Salomonen, Tonga und Vanuatu. (*Palau Island Times* 05.08.14, <http://www.adb.org/news/palau/adb-opens-development-coordination-office-palau>)

Bürgermeisterin für sieben Monate

Saipan: Erstmals ist eine Frau zur Bürgermeisterin der Insel Saipan (Nördliche Marianen) gewählt worden. Marian Deleon Guerrero Tudela wurde Anfang Juni im *Double Eagle Restaurant* des Hotels „Coral Ocean Resort“ von Gouverneur Eloy S. Inos in ihr Amt eingeschworen. Die 69-Jährige bleibt allerdings nur bis

Ende Januar 2015 im Amt, da sie als Vertreterin des unerwartet am 2. Juni verstorbenen Bürgermeisters Donald Glenn P. Flores dessen bis Januar 2015 laufende Amtszeit beenden wird. Tudela hatte bei den Bürgermeisterwahlen im Jahr 2009 den zweiten Platz nach Donald Flores erreicht.

Die neue Bürgermeisterin gab an, die Programme des Verstorbenen so weiterführen zu wollen und auch keinen Personalwechsel im Rathaus vornehmen zu wollen. In ihrer kurzen Amtszeit will sie sich weiter um das Problem der herumstreunenden Hunde auf Saipan sowie um die Verschönerung der Insel durch Müllbeseitigung und das Anpflanzen von Grünpflanzen kümmern.

Tudela arbeitete vor ihrer Pensionierung als Leiterin des *Medical Referral Program* der Nördlichen Marianen in Honolulu (Hawaii). Anschließend übernahm sie in Arizona (USA) die Pflege einer behinderten Familienangehörigen. Aus Arizona wurde Tudela nun vom Inselrat zurückberufen, um das Bürgermeisteramt wahrzunehmen. Bei ihrer Vereidigung bedankte sich Tudela für das Vertrauen in ihre Person, sagte aber zugleich, sie werde keinesfalls bei den Neuwahlen zum Bürgermeister im Februar 2015 kandidieren.

Info: Marian Tudela ist die erste Frau im Amt eines Bürgermeisters auf einer der 16 Inseln der Nördlichen Marianen. Diese sind ein nichtinkorporiertes Außengebiet der Vereinigten Staaten von Amerika im Pazifischen Ozean, südlich von Japan und nördlich von Guam gelegen. Auf der Insel Saipan leben etwa 48.220 Menschen. (*Marianas Variety* 04.06.14, *Saipan Tribune* 09.06.14)

IOM-Büro eröffnet

Kosrae: Die *Internationale Organisation für Migration* (International Organization for Migration, IOM) hat ein Regionalbüro in Kosrae eröffnet. Damit ist die IOM jetzt mit regionalen Büros in allen vier Bundesstaaten der Föderierten Staaten von Mikronesien vertreten. Die Errichtung des Büros erfolgte auf Einladung von Gouverneur Lyndon Jackson, der sich dadurch eine engere Zusammenarbeit mit der IOM verspricht. Leiterin des Büros ist die aus Pohnpei stammende Yolanda Joab. Sie und ihr Team werden sich zukünftig um (Arbeits-)Migranten kümmern. Außerdem sollen sie sich die regionalen Anpassungsprojekte an Folgen des Klimawandels koordinieren.

Info: Die ehemalige deutsche Kolonie Kosrae (1898 bis 1914) bildet mit acht weiteren Inseln geographisch die gleichnamige Gruppe der Kosrae-Inseln sowie politisch den östlichsten Bundesstaat der Föderierten Staaten von Mikronesien. Auf Kosrae leben etwa 6.000 Menschen.

Die IOM wurde 1951 gegründet. Sie wirbt für internationale Kooperation in Migrationsangelegenheiten, fördert die Suche nach praktischen Lösungsansätzen bei Problemen mit Migration und setzt sich für Migranten in Not ein, indem sie ihnen humanitäre Hilfe zukommen lässt, einschließlich Flüchtlingen und internen Vertriebenen. (*The Kaselehlle Press* 12.08.14, <http://micronesia.iom.int/iom-mission-in-micronesia>)

Flüchtlinge akzeptiert

Nauru: 19 Asylsuchende im australischen Flüchtlingscamp auf der Insel Nauru sind von der australischen Einwanderungsbehörde offiziell als Flüchtlinge anerkannt worden. Sie erhielten ein so genanntes „Refugee Visa - Subclass 200“. Die drei alleinstehenden Männer, eine Frau, sowie fünfzehn Mitglieder von fünf Fa-

milien erhielten eine fünfjährige Aufenthaltsgenehmigung für Nauru. Sie konnten das Lager verlassen und bekamen einen Wohnraum in der eigens errichteten neuen Flüchtlingssiedlung im Ijuw-Distrikt. Mit der Anerkennung als Flüchtling geht auch die Beschäftigungserlaubnis auf Nauru einher sowie der Bezug von finanzieller Unterstützung. Eigens eingestellte Sozialarbeiter sollen den Flüchtlingen aus dem Iran, Afghanistan und Syrien das Eingewöhnen in der neuen Kultur erleichtern.

Es handelt sich bereits um die zweite Gruppe von Asylsuchenden, über deren Antrag die australische Behörde positiv beschieden hat. Bereits am 22. Mai des Jahres hatten 13 Personen den offiziellen Flüchtlingsstatus erhalten mit dem Hinweis, vorbehaltlich eines australisch-kambodschanischen Abkommens könnten sie später nach Kambodscha ausreisen und dort ein neues Leben beginnen.

Nach Regierungsangaben befinden sich derzeit noch 1.146 Asylsuchende auf Nauru, darunter 157 Tamilen aus Sri Lanka. Sie waren auf einem indischen Flüchtlingschiff von der australischen Marine aufgebracht worden und mussten wegen des diplomatischen Hickhacks zwischen Indien, Sri Lanka und Australien zunächst einen Monat auf See verbleiben, bevor sie in das Flüchtlingscamp Curtin in Westaustralien verbracht wurden. Von dort aus wurden die Tamilen (darunter 50 Kinder) in einer weltweit kritisierten „Nacht- und Nebel-Aktion“ nach Nauru ausgeflogen.

Der australische Einwanderungsminister Scott Morrison hat derweil versucht, die internationale Kritik an den desolaten Zuständen in den provisorischen Zeltlagern und an der Flüchtlingspolitik mit ihrem so genannten „offshore processing“ abzuschmettern. Er sagte wörtlich, niemand hindere die Asylsuchenden daran, freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Als

besonders zynisch empfand die Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* dabei seine Aussage, er ermuntere vor allem syrische Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat, um beim Wiederaufbau des zerstörten Landes zu helfen. (*Radio Australia* 23.06.14, *Reuters* 01.08.14, *Amnesty International online*, <http://www.dw.de/ai-australia-continues-to-violate-the-refugee-convention/a-17832305>, *Green Left Weekly* 09.08.14)

MARSHALL-INSELN

Messungen der Radioaktivität im Wasser

Seit Juli des Jahres gehören die Marshall-Inseln zu denjenigen Pazifikstaaten, in denen alle drei Monate Meerwasserproben zur Messung der Radioaktivität entnommen werden. Es handelt sich bei den Messungen um eine Untersuchungsreihe der Internationalen Atomenergie Behörde (*International Atomic Energy Authority*, IAEA), die den Gehalt an radioaktivem Cäsium und Strontium nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima (März 2011) im Meerwasser ermitteln will. Das IAEA-Projekt läuft unter dem Namen „Marine benchmark study on the possible impact of the Fukushima radioactive releases in the Asia-Pacific Region“.

Dabei soll in den Gewässern vor den Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Palau, Papua-Neuguinea und den Salomonen der Grad der Radioaktivität im Meerwasser gemessen werden. Die Wasserproben werden dazu aus dem Pazifik zu einem Labor nach Monaco geschickt. Hier arbeitet die bei der IAEA angestellte Wissenschaftlerin Isabelle Levy an der Auswertung der Proben. Levy reiste im Juni auf die Marshall-Inseln, um ein Team der *Marshall Islands Marine Resources Authority* (MIMRA) bei der korrekten Entnahme der Proben zu schulen.

Die Durchführung des IAEA-Projektes in den Marshall-Inseln geht zurück auf eine Kooperation der lokalen Umweltschutzbehörde

mit dem Außenministerium und der MIMRA.

Info: Nach Angaben von Umweltschutzorganisationen werden täglich mindestens 400 Tonnen mit Tritium, Cäsium und Strontium kontaminiertes Wasser aus dem havarierten Atomreaktor im japanischen Fukushima in den Pazifischen Ozean gepumpt. Der Atomkraftwerksbetreiber TEPCO hat zugegeben, dass bisher zwischen 20 und 40 Milliarden Becquerel radioaktiv verstrahltes Material in das Meer abgelassen wurde. Die Messwerte von Cäsium 134 und Cäsium 137 in diesem Material sind um das 80 bis 90fache höher als der Normalwert. Die Werte für Strontium liegen um ein 30faches höher als der Normalwert. (*Marshall Islands Journal* 18.07.14, <http://www.globalresearch.ca/fukushima-the-ticking-nuclear-bomb-over-800-tons-of-radioactive-material-pouring-into-pacific-ocean/5356276>, <http://www.ourradioactiveocean.org/>)

Friedenspreis für Klage

Für ihre Klage gegen die neun Atommächte vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag werden die Marshall-Inseln mit dem „Seán MacBride Friedenspreis“ ausgezeichnet. Das gab das *International Peace Bureau* (IPB) Mitte August bekannt. Der Preis wird Anfang Dezember im Rahmen der „*International Conference on the humanitarian consequences of nuclear weapons*“ im österreichischen Wien an den Außenminister der Marshall-Inseln, Tony deBrum, überreicht.

Info: Der *Sean MacBride Peace Prize* wird nach Aussage des IPB an Personen oder Organisationen vergeben, die sich herausragend für Frieden, Abrüstung und/oder Menschenrechte eingesetzt haben. Die Preisträger werden vom „IPB Steering Committee“ beschlossen, nachdem Mitglieder des IPB Vorschläge einreichen konnten. Der Preisträger erhält eine Medaille aus Metall von recycelten Atomwaffen. Mit der

Auszeichnung ist keine finanzielle Zuwendung verbunden.

Initiiert wurde der Preis zum hundertjährigen Bestehen des IPB im Jahr 1992. Er erinnert an den irischen Minister Seán MacBride (geb. 1904), ein ehemaliges Mitglied der Irischen Befreiungsfront. Der 1988 verstorbene Politiker hatte 1974 zusammen mit Satō Eisaku den Friedensnobelpreis für seinen langjährigen Einsatz für Menschenrechte in den verschiedensten Funktionen und Organisationen erhalten. Im Jahr 1961 hatte MacBride gemeinsam mit Peter Benenson die inzwischen weltweit größte Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* gegründet.

Hintergrund: Die USA haben in den 1940er und 1950er Jahren auf dem Gebiet der heutigen Marshall-Inseln Nukleartests durchgeführt, die bis heute verheerende Auswirkungen auf die Bewohner und die Natur des Staates haben. Seit der Unabhängigkeit der Marshall-Inseln im Jahr 1986 hat sich der Staat trotz seiner engen Beziehungen zu den USA zu einem der größten internationalen Gegner von Nuklearwaffen und Nukleartests entwickelt.

Derzeit versuchen die Marshall-Inseln, die Nuklearmächte der Welt vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu verklagen. Wegen Verstößen gegen den sogenannten Atomwaffensperrvertrag bzw. *Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen* (Non-Proliferation Treaty) haben die Marshall-Inseln außerdem eine Klage gegen die USA vor einem US-Bundesgericht eingereicht. Die USA versuchen nicht nur, ihren großen Einfluss auf die Marshall-Inseln zu nutzen, damit diese die Klagen fallen lassen, sondern haben nun auch das US-Gericht aufgefordert, die Klage der Marshall-Inseln nicht zuzulassen. Dies stellt sowohl eine grobe Missachtung der Gewaltenteilung innerhalb der USA als auch eine versuchte Einmischung in die Souveränität der Marshall-Inseln dar. (*Pressemitteilung des Pazifik-Netzwerkes* 12.08.14, *Marshall Islands Journal* 15.08.14)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Alkohol erst ab 21

Tonga: Das Mindestalter, ab dem der Kauf und Konsum von alkoholischen Getränken und Lebensmitteln im Königreich Tonga erlaubt ist, ist nach einer Gesetzesänderung von 18 auf 21 Jahre angehoben worden. Das entschied das Parlament am 28. Juli.

Der tongaische Gesundheitsminister Lord Tu'i'afitu sagte, er glaube, dass übermäßiger Alkoholkonsum das dringendste gesellschaftliche Problem vor allem unter Jugendlichen sei. Dem widersprach Drew Havea, der Präsident des nationalen Jugendrates (*National Youth Congress*) vehement. Er erklärte, es seien nicht nur junge Leute, die alkoholisiert Probleme schafften. Es gäbe auch sehr viele Erwachsene, die unkontrolliert trinken. Er glaube nicht, dass das Anheben des Mindestalters direkte Konsequenzen auf den Alkoholkonsum habe. Es ginge eher darum, gesamtgesellschaftliche Kampagnen zur Bewusstseinsmachung durchzuführen und die Menschen über die Schäden von starkem Alkoholkonsum aufzuklären, forderte der Jugendleiter. (*Matangi Tonga* 28.07.14, *Radio Australia* 30.07.14)

† Tongaischer Prinz

Tonga: Der 56-jährige tongaische Prinz Viliami Tupoulahi Mailefihi Tuku'aho ist einen Tag vor seinem 57. Geburtstag am 16. Juni im Krankenhaus von Vaiola seiner Diabetes-Erkrankung erlegen. Der Langzeit-Diabeteskranke hatte bereits beide Beine amputiert. Mailefihi entstammte dem königlichen Geschlecht aus dem Haus der Tu'ipelehake in siebter Generation. Der Titel ist der zweit-

höchste Adelstitel in Tonga und steht an zweiter Stelle nach dem Königsgeschlecht. Mailefihi war der jüngste Sohn des Bruders von König Taufa'ahau Tupou IV. Mit der Heirat seiner ersten Frau Mele Vikatolia Faletau, einer Bürgerlichen, verlor der Prinz zunächst seinen königlichen Titel. Mit Vikatolia hat der Prinz einen Sohn und eine Tochter.

Erst im Jahr 2006 bekam er seinen Titel als Tu'ipelehake zurück, nachdem sein Bruder im Alter von 56 Jahren bei einem Autounfall in Kalifornien (USA) ums Leben gekommen war und er das Familienerbe antrat. Im Jahr 2008 ernannte König George Tupou V († 2012), der Vorgänger des derzeitigen tongaischen Königs, Tu'ipelehake zum Bewahrer der königlichen Insignien (*Lord Protector of the Royal Regalia*) und nahm ihn offiziell in die Reihe der königlichen Adelligen wieder auf, indem er ihm seinen Prinzen-Titel zurückgab.

Prinz Tu'ipelehake war ab 2006 anstelle seines verstorbenen Bruders Mitglied im tongaischen Parlament. 2009 wurde er zum Minister für Land- und Forstwirtschaft und Fischerei ernannt. In den 1970er Jahren war der Prinz ein international bekannter Rugby-Spieler und zweitweise sogar Kapitän der tongaischen Rugby-Nationalmannschaft. Aufgrund seiner zweiten und dritten Ehe mit Frauen aus der niedrigsten Klasse, darunter eine ehemalige tongaische Schönheitskönigin, zog sich der Prinz das Missfallen der Adelligen zu. Erst seine vierte Ehe mit Fifita Holeva Tu'iha'angana aus einer der nobelsten Familien des Landes versöhnte die herrschende Schicht mit dem Prinzen. (*Matangi Tonga* 16.06.14, *Wikipedia*)

Kampf gegen invasive Arten

Tonga: Die tongaische Regierung stellt in diesem Jahr 1,5 Millionen US-Dollar zum Kampf gegen invasive Arten zur Verfügung. Die Gelder kommen dem „*National Invasive Species Strategy and Action Plan*“ zugute, der nationalen Strategie im pazifikweiten *Regional Invasive Species Project*, das vom Sekretariat des Umweltschutzprogramms (Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, SPREP) koordiniert wird.

Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums gibt es auf Tonga 141 invasive Pflanzen sowie acht invasive Tiere. Es handelt sich hier um so genannte *Neobiota*, also um Arten, die sich mit oder ohne menschliche Einflussnahme in einem Gebiet etabliert haben, in dem sie vorher nicht heimisch waren. Diese Arten bedrohen vor allem die endemischen (nur auf Tonga einheimischen) Arten. Als Beispiele für Tongas endemische Arten nannte das Ministerium den flugunfähigen Vogel *Malau* (lat. *Megapodius Pritchardii*), den tongaischen Vogel *Flüsterer* sowie die Pflanze *Aglaiia Heterotricha*. (*Matangi Tonga* 08.07.14, SPREP online)

Deutsch-samoanisches Abkommen

Samoa: Die deutsche Botschafterin für Samoa, Dr. Anne-Marie Schleich, und der samoanische Botschafter für Neuseeland, Leasi Papali'i T. Scanlan, haben Mitte Juli in Apia ein Abkommen über die finanzielle Unterstützung eines Wiederaufforstungsprojektes in Samoa unterzeichnet. Deutschland wird sich mit 183.000 samoanischen Tala (ca. 60.000 €) an der Wiederaufforstung des Naturschutzgebietes Faleata beteiligen. Das Gebiet liegt südwestlich von Apia. Dort soll ein 10 Hektar großes Gebiet mit Küsten- und Flachlandregenwald wieder aufgeforstet werden. Das Natur-

schutzgebiet Faleata war von dem Wirbelsturm *Evan* im Dezember 2013 stark zerstört worden. (*Samoa Observer* 12.07.14, <http://www.wellington.diplo.de/Vertretung/wellington/en/00/Faleata-Agreement-Samoa-seite.html>)

Bevölkerungsschwund

Cook-Inseln: Wenn der derzeitige Bevölkerungsschwund auf den Cook-Inseln anhält, reduziert sich die Bevölkerung alle 140 Jahre um die Hälfte. Das ist zumindest das Ergebnis einer aktuellen Studie des Amtes für Statistik. Für ihren Bericht wertete das Statistikamt Volkszählungen sowie die Daten von Migrationsströmen zwischen 2006 und 2011 aus. Der gemeinsam vom Finanzministerium und dem Sekretariat der Pacific Community herausgegebene Bericht beziffert den Bevölkerungsschwund auf minus 0,5 % jährlich. Auf den äußeren Inseln beträgt dieser sogar minus 14 %, wobei viele Einwohner der Außeninseln nicht ins Ausland migrieren, sondern nur auf die Hauptinsel Rarotonga, weil sie sich hier bessere Berufs- und Bildungschancen erhoffen.

Die Gründe für den Bevölkerungsrückgang sind vielfältig. So war beispielsweise die Strukturreform im Jahr 1996 ausschlaggebend für die Auswanderung qualifizierter Angestellter. Damals hatte die Regierung ihre Verwaltungsstrukturen geändert und Einsparungen vorgenommen, so dass viele Beamte arbeitslos wurden. Ein weiterer Grund ist der Geburtenrückgang, der einerseits auf immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter zurückgeht, andererseits aber auch auf die Tatsache, dass Frauen heute weniger Kinder bekommen als noch vor Jahrzehnten.

Der Bericht schätzt die Anzahl der Menschen, die zwischen 2006 und 2011 die Cook-Inseln verlassen haben, auf 1.600, das entspricht 322 Menschen pro Jahr.

Finanzminister Mark Brown erklärte, die Regierung erarbeite derzeit ein Programm zum Auswanderungsstopp. So werde man die Steuern auf den Außeninseln verringern, um die Menschen an der Land-Stadt-Flucht zu hindern. Außerdem werde man in Perlenzuchtfarmen auf Manihiki investieren, denn sichere Arbeitsplätze seien ein Garant dafür, dass die Menschen vor Ort blieben. (*Radio NZ Intern.* 03.07.14, *Cook Islands News* 05.07.14)

Akkreditierung der Botschafterin

Cook-Inseln: Die deutsche Botschafterin Dr. Anne-Marie Schleich hat im Mai die Cook-Inseln besucht und dabei ihr Beglaubigungsschreiben an den Vertreter der britischen Königin auf den Cook-Inseln, Tom Marsters, übergeben. Schleich traf sich auch mit Premierminister Henry Puna, um über die Implementierung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien zu diskutieren. In diesem Zusammenhang besichtigte sie auch das Wasserkraftwerk Te Mato Vai, ein Gemeinschaftsprojekt zwischen den Cook-Inseln, China und Neuseeland. Puna lud Schleich zum 50-jährigen Unabhängigkeitsjubiläum der Cook-Inseln am 4. August 2015 ein. Die Cook-Inseln sind seit 1965 ein unabhängiger Staat in freier Assoziation mit Neuseeland.

Info: Seit August 2012 ist Dr. Anne-Marie Schleich (geb. 1951 in Saarlouis) Botschafterin in Neuseeland als Nachfolgerin von Thomas Hermann Meister. In dieser Funktion ist sie auch als Botschafterin in Tonga, Samoa, Fidschi, Kiribati, Tuvalu und den Cook-Inseln akkreditiert sowie außerdem Generalkonsulin in Amerikanisch-Samoa. Schleich war zwischen 2001 und 2004 Leiterin des Arbeitsstabs für umwelt- und biopolitische Fragen im Auswärtigen Amt und danach Leiterin des Kultur- und Bildungsreferates an der Botschaft in Großbritannien, ehe sie von 2008 bis 2012

Generalkonsulin und Leiterin des Generalkonsulates in Melbourne war. (*Newsletter of the German Embassy in Wellington 04.07.14, Wikipedia*)

Steuererhöhung schränkt Rauchen ein

Cook-Inseln: Die Nichtraucherstrategie des Gesundheitsministeriums zeigt Früchte. Seit 2012 hat das Ministerium jährlich zum 1. Juli die Verbrauchssteuer auf Tabakprodukte um 33 % angehoben, zuletzt zum 1. Juli 2014. Nach Angaben von Gaye Whitta, der Geschäftsführerin der *Cook Islands Trading Corporation*, ist die Zahl der Raucher seit Beginn der Kampagne im Jahr 2012 um 20 % bis 25 % zurückgegangen. Das habe vor allem mit der jährlichen Preissteigerung zu tun, erklärte Whitta.

Zustimmung gab es dafür von Elizabeth Iro, der Gesundheitsministerin der Cook-Inseln. Sie erklärte, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO die Erhöhung der Verbrauchssteuer auf Tabakprodukte und damit die Verteuerung von Zigaretten für den Endverbraucher als wirksamste und kostengünstigste Maßnahme im Kampf gegen das Rauchen identifiziert habe. Die Preiserhöhungen hätten vor allem Auswirkungen auf junge und arme Menschen. Sie würden wegen der Verteuerung der Produkte weniger rauchen. Iro sagte, dass Gesundheitsministerium beobachte bereits seit dem Jahr 2003 einen Rückgang der aktiven Raucher.

Die Zusatzeinnahmen durch die Steuererhöhungen kämen im Übrigen der gesamten Bevölkerung zugute. Von den steuerlichen Mehreinnahmen biete man Gesundheitskurse, Nichtrauchertrainings sowie medikamentöse Hilfsmittel wie etwa Nikotinpflaster bei der Entwöhnung an, erklärte die Ministerin. (*Cook Islands News 12.06.14*)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu, Hawai'i.]

Hochkommissar verweigert Flosses Absetzung trotz rechtskräftiger Verurteilung

Frz.-Polynesien: Der seit Mai 2013 erneut amtierende Präsident Französisch-Polynesiens, Gaston Flosse, wurde am 23. Juli vom Kassationsgericht in Paris in einer auf die späten 1990er Jahre zurückgehenden Korruptionsaffäre endgültig rechtskräftig verurteilt.

Flosse, der bereits von 1991 bis 2004 Präsident war, hatte damals zahlreiche Parteifreunde und Gewerkschaftler zu Mitarbeitern des Präsidialamts ernannt, wofür diese hohe Gehälter erhielten, ohne aber jemals im Präsidentenpalast zu arbeiten. In dieser Affäre der „fiktionalen Angestellten“, einer in Frankreich sehr beliebten Art der politischen Korruption, war Flosse bereits in zwei Instanzen zu mehrjährigen Gefängnis- und Geldstrafen sowie zur mehrjährigen Aberkennung seiner Bürgerrechte verurteilt worden. Nachdem Flosses Anwälte das Urteil zweimal angefochten hatten, setzte das Pariser Kassationsgericht in letzter Instanz die Gefängnisstrafe zur Bewährung aus, bestätigte aber eine Geldstrafe von 125.000 Euro sowie die dreijährige Aberkennung der Bürgerrechte (d.h. des aktiven und passiven Wahlrechts) des Präsidenten.

Unter normalen Umständen wäre Flosse damit umgehend seine Ämter als Präsident und Senator los und müsste sich für die nächsten drei Jahre von der Politik fernhalten. Seine Anwälte gingen aber sogleich weiter in die Offensive und forderten erstens eine erneute Überprüfung des Strafmaßes (dies hat keine aufschiebende Wirkung), legten Beschwerde beim Europäischen Ge-

richtshof für Menschenrechte ein (weil die Angelegenheit angeblich verjährt und deshalb der Prozess eine Verletzung der Menschenrechte des Präsidenten gewesen sei; die Beschwerde ist ebenfalls ohne aufschiebende Wirkung), und reichten ein Gnadengesuch an den französischen Staatspräsidenten Hollande ein. Obwohl das genaue Verfahren bei Gnadengesuchen nicht genau vorgeschrieben ist, wurde dies vom französischen Hochkommissar Lionel Beffre, dem die Exekution von Gerichtsbeschlüssen im Land obliegt, als die Strafe aufschiebend interpretiert. Er weigerte sich deshalb, das Urteil im Amtsblatt zu veröffentlichen und damit im Territorium rechtskräftig zu machen. Flosse behält somit bis zu Hollandes Entscheidung seine Ämter.

Das Vorgehen der französischen Behörden führte zu Empörung unter Vertretern der Opposition. Der ehemalige Präsident und jetzige Oppositionsführer Oscar Temaru meinte, das Verhalten des Hochkommissars stelle die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats in Frage. Ironisch forderte er alle verurteilten Kleinkriminellen dazu auf, nach ihrer Verurteilung ein Gnadengesuch an Hollande zu stellen und sich in Berufung auf Flosse als Präzedenzfall zu weigern, ihre Strafen anzutreten. (*Tahiti-Infos, Tahiti-Pacifique*)

Nur noch eine Tageszeitung

Frz.-Polynesien: Am 23. Mai erschien die letzte Ausgabe der Tageszeitung *Les Nouvelles de Tahiti*. Die seit 1957 erscheinende Zeitung war in den letzten Jahren aufgrund von Missmanagement sowie der durch die elektronischen Medien bedingten sinkenden Zahlen von Abonnenten und Zeitungskäufern in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Ähnlich wie die Hawaiische Hauptinsel O'ahu, deren zwei Tageszeitungen 2010 zum *Honolulu Star-Advertiser* fusionierten, hat

Tahiti nun mit *La Dépêche de Tahiti* nur noch eine Tageszeitung.

Die Pleite von *Les Nouvelles* wurde von vielen bedauert, da letztere meistens tiefgründigere und kritischere Artikel enthielt als *La Dépêche*. (*Tahiti-Infos, Pacific Islands Report*)

† Jean-Baptiste Heitarauri Céran-Jérusalémy

Frz-Polynesien: Am 15. Mai starb der tahitische Gewerkschafter und Politiker Jean-Baptiste Heitarauri Céran-Jérusalémy im Alter von 93 Jahren. Er stammte aus einer kleinbürgerlichen Familie gemischter französischer und tahitischer Herkunft aus Papeete, war gelernter Drucker und begann früh, sich gewerkschaftlich und politisch gegen die Ungerechtigkeiten des Kolonialsystems zu engagieren.

Als junger Mann gründete er 1947 gemeinsam mit dem charismatischen Politiker Pouvanaa a Oopa (1895-1977) das *Comité Pouvanaa*, aus dem 1949 die Partei *Rassemblement Démocratique des Populations Tahitiennes* (RDPT), die erste antikoloniale Partei des Landes, hervorging. Sowohl Oscar Temaru's Unabhängigkeitspartei *Tavini Huiraatira* als auch zahlreiche kleinere Parteien der Mitte sehen sich heute als Nachfolgeorganisationen der RDPT. Während der von einer äußeren Insel stammende Pouvanaa über ausgezeichnete rhetorische Fähigkeiten verfügte, sprach er nur schlecht Französisch und kannte sich in der kolonialen Bürokratie nur mangelhaft aus. Als zweisprachig aufgewachsener Städter verfügte Céran dagegen über jene Fähigkeiten, und somit bildeten Pouvanaa und Céran ein perfektes Tandem an der Spitze der Partei.

Als Politiker war Céran-Jérusalémy allerdings eine recht schillernde Figur. So überwarf er sich mehrmals mit Pouvanaa, dem er den Parteivorsitz streitig machte. Nachdem sich die beiden

nach einem ersten Streit Mitte der 1950er Jahre wieder versöhnt hatten, gerieten die beiden 1958 erneut aneinander, mit fatalen Folgen für die RDPT und das ganze Land. Bei den vom französischen Staatspräsidenten De Gaulle ausgeschriebenen Referendum von 1958 über die neue französische Verfassung plädierte Pouvanaa für ein „Nein“, d.h. für die sofortige Unabhängigkeit, während Céran für ein „Ja“ und ein schrittweises Erreichen der Unabhängigkeit über einen Übergangstatus der Assoziierung eintrat. Die „Ja“-Stimmen gewannen knapp, aber die französische Regierung hatte andere Pläne, als das Territorium schrittweise zu entkolonisieren. Pouvanaa wurde verhaftet und in einem Schauprozess zu jahrelanger Verbannung nach Frankreich verurteilt, um den reibungslosen Bau der Infrastruktur für das geplante Atomtestzentrum zu garantieren. Ein paar Jahre später wurden beide Fraktionen der RDPT verboten, und dunkle Jahre der faktisch absoluten Herrschaft des französischen Militärs folgten.

Nach dem Verbot der Partei übte Céran keine gewählten politischen Ämter mehr aus, blieb aber in der Politik aktiv. Er besuchte Pouvanaa im französischen Exil, versöhnte sich mit ihm, und setzte sich seitdem unablässig für die Rehabilitierung Pouvanaas ein. Er unterstützte verschiedene politische Parteien und Politiker, die er als würdige Nachfolger Pouvanaas und der RDPT ansah, wobei er häufig die Seiten wechselte und die abstrusesten Koalitionen einging. Die einzige Konstante blieb dabei Cérans kategorische Gegnerschaft zu Gaston Flosse, den er in seiner 2001 erschienenen Autobiographie als „*Hand des Teufels*“ bezeichnet. Céran prägte damit eine wichtige Konstante der politischen Kultur Französisch-Polynesiens, nämlich den Politiker als permanenten Wendehals, der ständig die Seiten wechselt und dabei dennoch, so seltsam es auch klingt, seinen Idealen treu bleibt.

Selbst gegen Ende seines Lebens setzte Céran diesen launischen politischen Kurs fort. 2004 gehörte er zu den prominenten Unterstützer von Oscar Temaru, mit dem er häufig auf Pressefotos zu sehen war, insbesondere wenn es darum ging, das Erbe Pouvanaas zu ehren. Als Temaru dann 2007 temporär mit Flosse koalierte, wendete sich Céran aber von Temaru ab und wurde Gründungsmitglied der profranzösischen Partei *To Tatou Aia* von Gaston Tong Sang (heute Teil der profranzösischen Oppositionskoalition *A Tia Porinetia*), behauptete aber dennoch, weiterhin für die Unabhängigkeit einzutreten.

Sein lebenslanges Anliegen, die Revision des Prozesses gegen Pouvanaa, wurde kurz vor seinem Tod zumindest begonnen, als die französische Justizministerin im Februar 2014 entsprechende Schritte einleitete.

Aus seinen zahlreichen ehelichen (er war dreimal verheiratet) und unehelichen Beziehungen (zu vier weiteren Frauen) hatte Céran-Jérusalémy sechzehn Kinder, mehrere von ihnen inzwischen selbst in hohem Alter. Als Patriarch einer mehr als hundertköpfigen Familie hinterlässt er zahlreiche Enkel, Urenkel und Ururenkel. (*Tahiti-Pacifique, eigene Recherchen, Autobiographie: Céran-Jérusalémy, Jean-Baptiste Heitarauri Tautu: Des souvenirs de 1921 à nos jours. Papeete 2001*)

HAWAII

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu, Hawai'i.]

Empörung über Freispruch im Mordfall Kollin Elderts

Am 14. August befand ein Geschworenengericht in Honolulu den Sicherheitsagenten des US-Außenministeriums, Christopher Deedy, für nicht schuldig, den Hawaier Kollin Keali'i Elderts ermordet zu haben.

Die Tat hatte sich im November 2011 im Vorfeld des Gipfeltreffens der APEC-Staaten ereignet, zu dem Deedy angereist war, um amerikanische und ausländische prominente Gäste des Treffens zu bewachen. Nach Feierabend war Deedy mit Freunden in das Strand- und Unterhaltungsviertel Waikiki gegangen. In einer McDonald's-Filiale kam es zum Streit zwischen Deedy's Freundsgruppe und einer Gruppe Einheimischer, darunter Elderts, wobei alle Beteiligten unter Alkoholeinfluss standen. Der Streit eskalierte und es kam zu Handgreiflichkeiten zwischen Elderts und Deedy, der daraufhin seine Dienstwaffe (die er trotz Feierabend weiterhin bei sich führte) zog und Elderts erschoss. Ein Leserbriefschreiber im *Honolulu Star Advertiser* beschrieb Deedy's Auftreten, das von der Überwachungskamera des Schnellrestaurants aufgezeichnet wurde, treffend als „wie ein Cowboy in einem schlechten Westen.“

Deedy wurde nach der Tat von der Polizei verhaftet, des Mordes angeklagt, aber gegen die Zahlung einer Kaution von 250.000 US-Dollar durch seine Dienstbehörde wieder auf freien Fuß gesetzt, ein für amerikanische Gepflogenheiten außergewöhnlich milder Umgang mit einem Mordverdächtigen. Außerdem blieb er weiterhin im amerikanischen Außenministerium beschäftigt. Im Sommer 2013 fand bereits ein erster Prozess gegen ihn statt,

aber die Geschworenen konnten keine Entscheidung treffen, weshalb der Fall dieses Jahr neu verhandelt wurde. Während die Staatsanwaltschaft eine Verurteilung wegen Mordes forderte, plädierte Deedy, dessen Dienststelle Top-Anwälte für ihn engagiert hatte, auf nicht schuldig und behauptete, er habe in dem Restaurant „für Ordnung sorgen wollen“ und in den Streit eingegriffen. Elderts habe ihn bedroht, und er habe ihn daraufhin in Notwehr erschossen. Die Videoaufnahmen zeigen dagegen eindeutig, wie Elderts am Tisch sitzt und Deedy provokant auf ihn zugeht, und es erst dann zum Handgemenge kommt.

Nicht zuletzt aufgrund dieser für die meisten Beobachter eindeutigen Indizien führte der Freispruch zu großer Empörung unter den Angehörigen Elderts sowie vielen Hawaiiern insgesamt. Am folgenden Tag kam es deshalb zu einer Protestdemonstration gegen das Urteil, an der etwa 100 Personen teilnahmen. Ikaika Hussey, der Herausgeber der unabhängigen Zeitung *The Hawai'i Independent*, meinte in einem Editorial: „*Justitia ist tot, aber sie wird nicht in Frieden ruhen.*“

Viele Beobachter sahen den Fall auch im Zusammenhang mit mehreren rezenten Fällen von tödlichen Schüssen von Polizisten auf unschuldige Jugendliche in verschiedenen Landesteilen der USA, wobei die Schützen fast immer Weiße, die Opfer Schwarze oder Angehörige anderer Minderheiten waren. Obwohl es in Hawai'i, wo Weiße eine Minderheit sind, keinen vergleichbaren Alltagsrassismus gibt, sahen viele die Tat Deedys und vor allem dessen Freispruch, als Symptome eines im Kern immer noch rassistischen Systems, in dem Weiße nach wie vor ungestraft Nichtweiße töten können. In Hawai'i wurden auch gelegentlich Parallelen zum Fall Massie aus dem Jahre 1931 gezogen, in dem weiße US-Militärangehörige einen zu Unrecht der Vergewaltigung beschuldigten Hawaier ermordet

hatten, und anstelle zu einer Gefängnis - oder der damals üblichen Todesstrafe - lediglich zur Ausweisung aus Hawai'i und einer Stunde Teetinken im Büro des Gouverneurs verurteilt wurden.

Neben diesen rassistischen Untertönen zeigt der Fall Deedy aber auch in dramatischer Weise die Unvereinbarkeit der hawaiischen mit der amerikanischen Kultur. Ebenso wie die Lynchkultur der 1930er Jahre den Hawaiiern unvertraut war, ist ihnen die amerikanische Waffenkultur der Gegenwart fremd. Anders als auf dem amerikanischen Kontinent ist in Hawai'i der Waffenbesitz streng kontrolliert, und Gewaltverbrechen mit Schusswaffen sind äußerst selten. Für Deedy mag es normal erscheinen, in einer fremden Stadt seine Pistole mitzunehmen, da man nie weiß, ob man bewaffneten Gangstern begegnet. In Hawai'i dagegen ist es praktisch unvorstellbar, dass jemand, der das Nachtleben Waikikis besucht, bewaffnet ist. Schlägereien wie die zwischen Deedy und Elderts enden schlimmstenfalls mit blauen Augen, einem Nasenbeinbruch oder ein paar gebrochenen Rippen, aber nicht mit dem Tod durch Erschießen.

Dass Deedy ungeschoren davon kam, liegt aber auch an der Starrheit des Justizsystems. Die Geschworenen hatten nur die Wahl zwischen des Mordes schuldig oder unschuldig. Es scheint tatsächlich etwas weit hergeholt, Deedy eine vorsätzliche Tötung Edlerts' zu unterstellen, da er die Waffe erst während der Schlägerei zog. Vielmehr wäre es sinnvoll gewesen, ihn wegen Totschlags zu verurteilen, wobei allerdings das Mitführen einer geladenen Waffe im ange-trunkenen Zustand als erschwerender Umstand hinzugezogen werden sollte. Ein solcher Prozess wegen Totschlags müsste allerdings neu aufgerollt werden. Die Staatsanwaltschaft hat angekündigt, ein solches Vorhaben einzuleiten. (*Honolulu Star-Advertiser, The Hawaii Independent, eigene Recherchen*)

Anhörungen des US-Innenministeriums stoßen auf massive Ablehnung

Eine Kommission des amerikanischen Innenministeriums hat während der Monate Juni und Juli in Hawai'i zahlreiche öffentliche Anhörungen abgehalten, um die Meinung der Öffentlichkeit zu einem geplanten Prozess der amtlichen Anerkennung der einheimischen Hawaiier als indigenes Volk durch die US-Bundesregierung einzuholen.

Ein solcher Rechtsakt, der die Hawaiier mit den zahlreichen Indianervölkern der USA, die über Reservatsregierungen mit beschränkter Autonomie verfügen, rechtlich gleichstellen würde, wird seit zwei Jahrzehnten heftig diskutiert. Um die Jahrtausendwende gab es zu diesem Zweck im US-Kongress eine Gesetzesvorlage, nach dem damaligen hawaiischen US Senator Daniel Akaka als *Akaka Bill* bezeichnet, die aber über mehrere Jahre lang stets am Widerstand republikanischer Senatoren scheiterte.

Anders als die damalige republikanische US-Regierung unter Präsident Bush steht die heutige demokratische Regierung unter Präsident Obama hinter der Gesetzesvorlage, im Kongress sind aber weiterhin die Republikaner stark genug, um sie zu blockieren. Deshalb haben die Demokraten in Honolulu und Washington ihre Strategie geändert, um den Kongress zu umgehen. 2011 beschloss das Parlament des Bundesstaates ein Gesetz, in dem die einheimischen Hawaiier offiziell als „indigenes Volk der Hawaiischen Inseln“ anerkannt werden, und eine „Native Hawaiian Roll Commission“ geschaffen wird, deren Aufgabe es ist, eine Liste derer zu erarbeiten, die dafür qualifiziert sind, Bürger einer neu zu schaffenden Regierungsstruktur für einheimische Hawaiier zu werden. Zweiter Teil der Strategie der Demokraten ist es, die aufgrund dieses lokalen Gesetzes erschaffene „Indigene Hawaiische Regierung“ dann per Exekutiv-

dekret des US-Präsidenten von der Bundesregierung anzuerkennen. Damit wäre faktisch das gleiche erreicht, was mit der „Akaka Bill“ geplant war.

Bei den Anhörungen ging es nun darum, die Betroffenen zu fragen, ob das US-Innenministerium, dem autonome Indianerregierungen unterstehen, einen solchen Prozess der Anerkennung durch die Bundesregierung einleiten soll.

Die Anhörungen, die auf allen bewohnten Inseln Hawaiis sowie danach in den Zentren der hawaiischen Diaspora auf dem amerikanischen Kontinent abgehalten wurden, stießen auf reges Interesse. Tausende Einheimische sagten vor der Kommission des Innenministeriums mündlich oder schriftlich aus. Zum teilweise großen Erstaunen der Mitarbeiter des Innenministeriums waren die überwältigende Mehrheit der Aussagen äußerst kritisch gegenüber der US-Regierung. Das Angebot des Innenministeriums wurde dankend abgelehnt, und auf die völkerrechtliche Kontinuität des unabhängigen hawaiischen Königreichs und der Illegalität der US-Besatzung hingewiesen. Viele dankten der US-Regierung für ihr Interesse, gaben aber zu verstehen, dass das Innenministerium die falsche Behörde sei, um Kontakt zwischen den Hawaiiern und der US-Regierung zu etablieren, was als eine internationale Frage vielmehr in den Aufgabenbereich des Außenministeriums falle. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass der offene Brief, den der Geschäftsführer des *Amts für Hawaiische Angelegenheiten* (OHA) der Bundesstaatsregierung, Kamana'opono Crabbe, im Mai an US-Außenminister Kerry geschrieben hatte und in dem er um Klärung des völkerrechtlichen Status der Inseln bittet, bislang unbeantwortet blieb.

Während die meisten Mitglieder der Kommission die Aussagen kommentarlos protokollierten, um sie an ihre Vorgesetzten in

Washington weiterzuleiten, führte das Verhalten einer der Kommissionsmitglieder, der Hawaiierin Ester Kia'aina, die Staatsministerin für Insulare Angelegenheiten im US-Innenministerium ist, für Irritationen. Bei einer Dankesrede auf einer öffentlichen Feier, auf der sie für ihre Arbeit geehrt wurde, sagte Kia'aina, die Anerkennung als autonomes indigenes Volk nach Indianer-Muster sei der einzig richtige Weg für die Hawaiier, und die Aussagen vor der Kommission spiegeln lediglich die Meinung einer undankbaren Minderheit wider. Der Politikwissenschaftler Keanu Sai, der bei Kia'ainas Rede im Publikum saß, schrieb daraufhin einen offenen Brief ans US-Innenministerium, um gegen die Voreingenommenheit der Staatsministerin zu protestieren, die klar mit ihrer Funktion als Beamtin der Exekutive unvereinbar ist.

Entgegen der Interpretation Kia'ainas, die vor ihrer Ernennung ins Innenministerium als hochrangige Vertreterin der lokalen Demokratischen Partei seit Jahren für die „Indianische Lösung“ des hawaiischen Problems warb, haben die Anhörungen klar gezeigt, dass eine Mehrheit der politisch interessierten Hawaiier ein solches Vorgehen ablehnt und statt dessen die Wiederherstellung einer unabhängigen Hawaiischen Regierung anstrebt. Interessant ist zudem, dass sich die meisten Aussagen klar auf das Völkerrecht beziehen, während bei früheren Anhörungen über die *Akaka Bill* Anfang des Jahrtausends die vorgetragenen Meinungen sehr verschieden und teilweise recht verwirrt waren. Die Kampagnen zur politischen Bildung der Bevölkerung Hawaiis, die vor Jahren von Akademikern wie Sai gestartet wurden, um die jahrzehntelange amerikanische Indoktrination des Volkes rückgängig zu machen, zeigen somit erste deutliche Erfolge. (*Honolulu Star-Advertiser, Hawaiian Kingdom Blog, eigene Recherchen*)

Abercrombie verfehlt Wiederwahl als Gouverneur

Der seit 2010 amtierende Gouverneur des US-Bundesstaats Hawai'i, Neil Abercrombie (Demokratische Partei), hat bei den Vorwahlen am 9. August klar gegen seinen parteiinternen Herausforderer David Ige verloren. Der Amtsinhaber erhielt nur 30,9% der Stimmen, während Ige 66,0% erzielte.

Ein solches Ergebnis ist äußerst ungewöhnlich, denn in Hawai'i wurden bislang alle Gouverneure nach der ersten Amtszeit wiedergewählt. Dass ein Amtsinhaber sogar schon bei den parteiinternen Vorwahlen scheitert, ist absolut beispiellos. Abercrombie hatte sich durch seinen ruppigen und selbstherrlichen Führungsstil in den vier Jahren seiner Amtszeit viele Feinde gemacht. Obwohl er seit Jahrzehnten in Hawai'i lebt, scheint der aus New York stammende Abercrombie sich nie wirklich in die in polynesischen und asiatischen Werten wurzelnde, auf Harmonie und Kollektivität zielende lokale Kultur integriert zu haben. Sein selektives Verständnis für die Besonderheiten des Inselstaates zeigte er zum Beispiel, als er in einem Fernsehduell mit Ige, auf die Frage angesprochen ob das hawaiische Königreich weiterhin existiert, brüsk mit „nein“ antwortete, während der japanischstämmige, in Hawai'i geborene Ige der Frage geschickt auswich, um weder Unabhängigkeitsbefürworter noch –gegner unter seinen potentiellen Wählern vor den Kopf zu stoßen. Am Abend seiner Wahlniederlage versuchte Abercrombie dann, sich mit den durch seine Aussage brüskierten Anhängern der hawaiischen Monarchie zu versöhnen, in dem er die letzte Königin Lili'uokalani (reg. 1891-1917) als „Our Queen“ bezeichnete, doch dafür war es zu spät, und für viele Hawaier erschien letztere Äußerung als umso arroganter.

Abercrombies schwerster strategischer Fehler war es aber vermutlich gewesen, das Testament

des langjährigen Senators Daniel Inouye, der Hawaii von 1959 bis zu seinem Tod im Dezember 2012 vertrat, zu ignorieren, und entgegen Inouyes (rechtlich in dieser Frage nicht bindendem) letztem Willen nicht die Inouye nahestehende Kongressabgeordnete Colleen Hanabusa, sondern den damaligen Vizegouverneur Brian Schatz zu Inouyes Nachfolger als Senator zu ernennen. Mit dieser willkürlichen Entscheidung hatte sich Abercrombie alle Sympathien der die lokale Demokratische Partei dominierenden japanischstämmigen Einheimischen verspielt.

Umso erstaunlicher war allerdings, dass Schatz die Vorwahlen für den Senatorenposten mit 48,5% Stimme knapp gegen Hanabusa (47,8%) gewann. Schatz hatte es seit seiner Ernennung geschickt verstanden, eigene Entscheidungen zu treffen und aus Abercrombies Schatten zu treten. Der Unterschied betrug allerdings weniger als 2.000 Stimmen. Die Entscheidung wurde letztendlich allein von den paar Tausend Einwohnern des ländlichen Bezirks Puna auf der Insel Hawaii getroffen, da dort durch einen Wirbelsturm die Wahllokale nicht öffnen konnten, und bei der Nachwahl am 15. August das Ergebnis aller anderen Wahlbezirke bereits bekannt war.

Die demokratische Vorwahl für den durch Hanabusas Kandidatur für den Senat freiwerdenden Sitz im US-Repräsentantenhaus gewann der bisherige Repräsentant im Bundesstaatsparlament George Takai. Vizegouverneur Shan Tsutsui, den Abercrombie 2012 zu Schatz' Nachfolger ernannt hatte, konnte sich mit knapp über 50 % gegen vier parteiinterne Herausforderer durchsetzen. Die Wahlbeteiligung lag mit 41,5% der registrierten Wähler für hawaiische Verhältnisse im Durchschnitt. Wahlbeteiligungen über 50 % kommen so gut wie nie vor.

Abercrombie ist damit nach einer Amtszeit aus dem Rennen. Bei den Hauptwahlen am 4. Novem-

ber werden Ige und Tsutsui somit als demokratische Kandidaten für das Gouverneurs- und Vizegouverneursamt gegen die Republikaner Duke Aiona und Elwin Ahu sowie die Unabhängigen Mufi Hannemann und Les Chang antreten. Schatz wird seinen Senatssitz gegen den Republikaner Cam Cavasso verteidigen, und George Takai kämpft mit dem Republikaner Charles Djou um Hanabusas ehemaligen Sitz im Repräsentantenhaus. (*State of Hawai'i Office of Elections, Honolulu Star Advertiser*)

Richter erhält Vorladung nach Den Haag wegen Kriegsverbrechen

Anfang August erhielt Harry Freitas, Richter am Landgericht der Stadt Hilo auf der Insel Hawai'i, nach der Aussage eines seiner Kollegen vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eine Vorladung, um eine gegen ihn eingebrachte Anzeige wegen Kriegsverbrechen zu klären. Die Klage war im Februar 2013 von dem hawaiischen Anwalt Dexter Kaiama eingereicht worden. Kaiama vertrat einen Mandanten, der aufgrund der völkerrechtswidrigen Anwendung amerikanischen statt hawaiischen Immobilienrechts sein Haus verloren hatte. Richter Freitas hatte sich geweigert, die Argumente des Mandanten vor Gericht zu hören und damit dem Mann vorsätzlich einen fairen Prozess verweigert, was nach der Vierten Genfer Konvention ein Kriegsverbrechen darstellt.

Dass der Gerichtshof auf die Anzeige reagiert hat und nun tatsächlich gegen Freitas ermittelt, stellt einen weiteren Erfolg auf dem langen Weg zur Wiederherstellung der internationalen Handlungsfähigkeit Hawai'is als unabhängiger Staat dar. Da die Inseln, die im 19. Jahrhundert als einziger Pazifikstaat völkerrechtlich anerkannt waren, nie legal von den USA annektiert, sondern lediglich im Zuge des Spanisch-Amerikanischen Krieges als neutraler Drittstaat okkupiert wurden

(analog zu Belgien im 1. Weltkrieg), ist der einzig mögliche gegenwärtige juristische Status des Archipels der eines unabhängigen Staats unter US-Besatzung. Das bedeutet, dass die Behörden der US-Besatzungsmacht, inklusive der Gerichte, hawaiisches Recht anwenden müssen. Die USA dagegen weigern sich seit Jahrzehnten, diesen völkerrechtlichen Vorgaben Folge zu leisten und behandeln stattdessen Hawai'i so, als sei es ein legitimer Teil ihres Landes.

Durch die Einleitung der Ermittlungen gegen Freitas hat der Internationale Strafgerichtshof nun deutlich gemacht, dass er nicht länger der amerikanischen Sichtweise folgt, sondern Hawaii tatsächlich als besetztes Land betrachtet.

Da die USA, anders als die geschäftsführende Regierung des Hawaiischen Königreichs, dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 2002 bislang nicht beigetreten sind, scheint es unwahrscheinlich, dass Freitas jemals in Den Haag vor Gericht erscheint, es sei denn, er folgte der Vorladung freiwillig. Umso bedeutender sind aber die Folgen der Vorladung für die politische Zukunft des Archipels. Kaiama wies darauf hin, dass die Vorladung allein bereits als Eingeständnis des Gerichts zu werten sei, Hawai'i nicht als Teil der USA anzuerkennen, da sich der Gerichtshof mit Angelegenheiten von Nicht-Ratifikatoren des Römischen Statuts (wie die USA) gar nicht beschäftigen darf.

(Hawaiian Kingdom Blog, Eigene Recherchen)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Klimawandel als Asylgrund

Erstmals hat ein neuseeländisches Berufungsgericht bei dem Antrag einer Familie auf Bleiberecht den Klimawandel als Gefahr für Leib und Leben der beiden drei und fünf Jahre alten Kinder

berücksichtigt. Sigeo Alesana aus Tuvalu und seine Frau leben bereits seit 2007 in Neuseeland, seit 2009 hatten sie jedoch keinen legalen Aufenthaltsstatus. Alesana hatte mehrfach ergebnislos versucht, ein Arbeitsvisum zu beantragen, das ihm ermöglicht hätte, in Neuseeland seinem erlernten Beruf als Lehrer nachzugehen. Um die Familie ernähren zu können, arbeitete er als Techniker bei einer großen Fast-Food-Kette.

Im November 2012 hatte die Familie einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtlinge gestellt. Dieser war im März letzten Jahres abgelehnt worden mit der Begründung, dass die Flüchtlingskonvention keine „Umwelt- und Klimaflüchtlinge“ anerkenne und dass der Klimawandel deshalb kein Grund für die Anerkennung des offiziellen Flüchtlingsstatus sei. Mit Hilfe der Anwälte Trevor Zohs und Carole Curtis war die Familie in Berufung gegen das Urteil gegangen. Sie beantragte das Bleiberecht aus „humanitären Gründen“. Überraschend gab nun das Einwanderungsgericht (engl. Immigration and Protection Tribunal) den Anwälten recht. Das Tribunal erklärte, die beiden in Neuseeland geborenen Kinder der Familie seien wegen ihres Alters besonders stark durch Naturkatastrophen und durch die Folgen des Klimawandels gefährdet, sollte die Familie nach Tuvalu ausreisen müssen.

Der 26 Quadratkilometer kleine Inselstaat Tuvalu im Südwesten des Pazifischen Ozeans ragt durchschnittlich nur zwei Meter aus dem Wasser. Durch den steigenden Meeresspiegel haben die etwa 10.500 Bewohner mit verseuchtem Trinkwasser, dem Ausfall von Ernten und Überschwemmungen zu kämpfen. Das erkannte das Einwanderungsgericht nun in Bezug auf die Kinder als Asylgrund an.

Vernon Rive, Experte für Internationales Recht, warnte nach Bekanntgabe des Urteils davor, dieses als Präzedenzfall für weitere Klimawandel-Urteile anzusehen. Weitaus wichtiger für die Urteils-

begründung in diesem Fall sei die Tatsache, dass die Familie des Klägers bereits seit drei Generationen in Neuseeland lebe, sich dort nie etwas habe zuschulden kommen lassen, Steuern zahle und gut in die Gesellschaft integriert sei, erklärte Rive. Man dürfe das Urteil nicht so verstehen, dass Neuseeland nun Tür und Tor für so genannte „Klimawandel-Flüchtlinge“ öffnen werde, warnte Rive vor zu viel Euphorie. *(New Zealand Herald 03.08.14, 03.08.14, Tagesschau, Die Welt online 04.08.14)*

Vorschule expandiert

Die einzige Tokelausischsprachige Vorschule in Auckland wird mit Beginn des nächsten Jahres auf 50 Plätze erweitert. Das gab die Leiterin der Schule, Sulata Foai-Amiatu, bekannt. Der Stadtrat von Auckland hatte dem Antrag von Familie Foai auf Vergrößerung der Schule zugestimmt.

Die *Mataliki Tokelau Akoga Kamata* wurde 1987 von einem tokelausischen Lehrer-Ehepaar zunächst in der Garage ihres Hauses als Krabbelgruppe für Kleinkinder tokelausischer Eltern gegründet. 1998 zog die Familie mit der inzwischen auf einen Kindergarten und eine Vorschule erweiterten Schule in den Aorere Park im Stadtteil Mangere.

In der Mataliki-Schule wird nach Angaben von Lehrerin Ruth Kaio nach dem neuseeländischen Lehrplan für Vorschulen „Te Whaariki“ unterrichtet, dies jedoch in Tokelausisch und unter Einbeziehung traditioneller Lieder, Gedichte und Überlieferungen. So verlören die bereits in Neuseeland geborenen Kinder von Einwanderern aus Tokelau nicht den Bezug zur Herkunftskultur ihrer Eltern und Großeltern, erläuterte Schulleiterin Foai-Amiatu. *(http://mataliki.co.nz/preschool/, Pacific Scoop 10.06.14)*

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

MSG lehnt Mitgliedschaft von Westpapua ab

Melanesien: Die *Melanesian Spearhead Group* (MSG) hat den Antrag auf Mitgliedschaft Westpapas abgelehnt. Der Antrag war vor einem Jahr von der *Nationalen Koalition für die Befreiung Westpapas* (WPNCL) mit der Unterstützung von über 70 repräsentativen Gruppen aus Westpapua bei der MSG eingereicht worden war. Die Außenminister der MSG-Staaten würden jedoch einen neuen Antrag begrüßen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt würden, hieß es seitens der MSG.

Bei einer Konferenz der MSG am 26. Juni in Port Moresby (Papua-Neuguinea) hatten einige Außenminister gefordert, dass Westpapua bei einem erneuten Antrag vereint auftreten sollte. „Wir glauben dass der Antrag auf Mitgliedschaft alle Melanesier vertreten sollte, die in Indonesien leben“, sagte Peter O’Neill, der Premierminister von Papua-Neuguinea. „Wir begrüßen das Interesse und den Antrag Westpapas auf Mitgliedschaft in der MSG, aber wir ermutigen sie, sich für die Vorbereitung eines neuen Antrags zu vereinen.“ Außerdem sollte laut O’Neill die indonesische Zentralregierung in Jakarta vorher konsultiert werden, wie es auch vor der Aufnahme der *Kanakischen sozialistischen Front der nationalen Befreiung* (FLKNS) der Fall gewesen wäre.

Andy Ayamiseba, ein Vertreter der WPNCL, kritisierte die Entscheidung. Die MSG-Mitglieder würden die Wirklichkeit in Papua nicht sehen. Der Besuch der MSG-Gruppe in Indonesien, der Anfang des Jahres stattgefunden hatte, wäre von der indonesischen Regierung anhand ihrer ei-

genen Interessen geplant worden, so dass sich die MSG-Delegation nicht mit Vertretern der Gruppen treffen konnte, die die WPNCL bei ihrem Aufnahmeantrag unterstützt hätten. „Der Bericht der Außenminister der MSG ist absolut irreführend“, sagte Ayamiseba. „Wie können sie zu dem Ergebnis kommen, dass die WPNCL nicht die Mehrheit der Papuas vertritt, wenn sie sich vor Ort nicht mit einem einzigen Vertreter der Zivilgesellschaft getroffen haben?“

Ayamiseba kritisierte auch die Forderung, Westpapua solle sich mit der indonesischen Regierung absprechen und lehnte das angeführte Beispiel der FLKNS ab. „Die FLKNS haben sich bezüglich der Mitgliedschaft in der MSG nie mit der französischen Regierung abgesprochen.“

Die Delegation der *Westpapua Befreiungskampagne* in Papua-Neuguinea vermutet eine Intervention Indonesiens. Dazu Fred Mambrasar, Mitglied der Kampagne: „Der Freihandel zwischen Indonesien und PNG, die Errichtung einer Polizeiakademie in Fidschi und der Beobachterstatus Indonesiens in der MSG sind deutliche Indizien für den starken Einfluss Indonesiens in der melanesischen Region.“ (Radio NZ Intern. 27.06.14, West Papua Daily 01.07.14)

Frz. Journalisten verhaftet

Westpapua: Am 6. August sind die französischen Journalisten Thomas Dandois und Valentine Bourrat in einem Hotel in Wameana festgenommen und inhaftiert worden. Die beiden Reporter des deutsch-französischen Fernsehsenders ARTE haben angeblich hochrangige Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung *Organisasi Papua Merdeka* (OPM) im Rahmen von Recherchen für eine Dokumentation zu den Unabhängigkeitsbestrebungen von Westpapua interviewt. Laut Solistyo Pudjo Hartono, dem Polizeisprecher in Jayapura, wurden die Journalisten verhaftet, weil sie mit Touristenvisa eingereist waren

und deshalb unerlaubt einer journalistischen Tätigkeit nachgingen. Ausländischen Journalisten wird der Zugang und die freie Berichterstattung in der Region Westpapua seitens der indonesischen Regierung seit Jahrzehnten verweigert.

Polizeisprecher Hartono sagte, Dandois und Bourrat seien möglicherweise „Teil eines Plans, Unsicherheit und Instabilität in Papua zu kreieren“. Er behauptete weiter, ausländische Medien kämen nach Papua, um „vorsätzlich die Sicherheitslage in der Provinz zu manipulieren.“

Gerüchten und Vermutungen der indonesischen Polizei, es handle sich bei den Journalisten um Spione, konnte widersprochen werden, nachdem die französische Botschaft in Jakarta die Identität der Beiden bestätigt hatte und darauf hinweisen konnte, dass beide Journalisten langjährige Dokumentarfilmemacher sind und in Diensten von ARTE stehen.

Journalistenorganisationen verurteilten die Festnahme als Angriff auf die Pressefreiheit. Auch die Organisation *Reporter ohne Grenzen* hat sich bereits für die Beiden eingesetzt. „Wir fordern die Behörden auf, sie umgehend freizulassen“, sagte deren Generalsekretär Christophe Deloir. „Diese zwei Reporter sind bekannt für ihre Integrität und ihre Ehrlichkeit.“ (Huffington Post 26.08.14, West Papua Netzwerk Newsletter 22.08.14, <http://der-farang.com/de/pages/arte-journalisten-in-indonesien-festgenommen>)

Gefangene freigelassen

Westpapua: Nach zwei Jahren und neun Monaten Haft im Gefängnis von Abepura sind die so genannten „Jayapura Five“ Ende Juli entlassen worden. Die fünf papuanischen Aktivisten waren im Oktober 2011 anlässlich des dritten *Papua People’s Congress* wegen Staatsverrats verhaftet und inhaftiert worden. Zu den fünf freigelassenen Männern gehört auch Forkorus Yaboisembut, der beim Kongress gewählte Präsi-

dent der damals proklamierten „Federal Republic of West Papua“. Die Teilnehmer des Kongresses hatten sich für unabhängig von Indonesien erklärt. Daraufhin waren am 19. und 20. Oktober Forkorus Yaboisembut, Edison Waromi, Dominikus Surabut, August Kraar und Selpius Bobii für ihre Rolle als Organisatoren und Redner des Kongresses von der indonesischen Polizei verhaftet worden. Für Edison Waromi war es bereits die dritte Haft seit 1989, dem Jahr, in dem sein politisches Engagement für ein freies Westpapua begann.

Info: Der dritte papuanische Volkskongress fand vom 17. bis zum 19. Oktober 2011 auf dem Zakeus Sportgelände in Abepura (Westpapua) statt. An den ersten beiden Tagen standen Reden, sowie Gesangs- und Tanzdarbietungen von Mitgliedern der über 250 teilnehmenden papuanischen Volksgruppen auf dem Plan. Die (laut indonesischer Gesetzgebung illegale) Morgensternflagge, die Fahne der Unabhängigkeitsaktivisten, wurde öffentlich gehisst. Am dritten Tag erklärten sich die rund fünftausend Kongressteilnehmer für unabhängig und riefen die *Bundesrepublik Westpapua* aus. Daraufhin kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem indonesischen Militär, das mit einer Mannschaftsstärke von 5.000 Personen angerückt war. Drei Menschen starben bei Schusswechseln, 300 Teilnehmer wurden vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen und die fünf genannten Aktivisten wurden wegen Aufwiegelung und Staatsverrats inhaftiert.

(<http://tapol.org/tapolcategorisation/jayapura-five>, Radio NZ Intern. 22.07.14, *Papuans behind bars online*)

Primärwald muss Ölpalmen weichen

Indonesien: Ende Juni erschien in der Fachzeitschrift *Journal Nature Climate Change* eine wissenschaftliche Studie, nach der die Primärwaldfläche Indonesiens

von 2000 bis zum Jahr 2012 um über sechs Millionen Hektar Wald kleiner geworden ist. Meist wurden auf den abgeholzten Flächen Ölpalmlantagen angelegt. Die Wissenschaftler haben eine Zunahme der Waldumwandlungen in diesem Zeitraum von knapp über 200.000 Hektar pro Jahr (2001) auf zuletzt etwa 800.000 Hektar pro Jahr (2012) festgestellt. 2012 war die Abholzungsrate in Indonesien damit fast doppelt so hoch wie die in Brasilien mit 460.000 Hektar Rodungen pro Jahr.

Das vom ehemaligen indonesischen Präsidenten 2011 erlassene Rodungsmoratorium für Primärwald scheint nach Beobachtung der Autoren der Studie nicht ernstgenommen zu werden.

Derzeit sind auf Satellitenbildern der indonesischen Insel Sumatra und auf Bildern von Kalimantan, dem indonesischen Teil der Insel Borneo, hunderte von Brandherden sichtbar. Diese sind vermutlich nicht nur Teil der Waldumwandlungsarbeiten, sondern sie setzen auch riesige Bereiche der Region unter Smog.

(*Holz-Zentralblatt*, Nr. 68, Seite 658, <http://www.nature.com/nclimate/journal/v4/n8/full/nclimate2277.html>)

CPLP: Hochkarätiges Gipfeltreffen in Dili

Timor-Leste: Am 23. Juli 2014 fand das zehnte Gipfeltreffen der Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Länder (Comunidade dos Países de Língua Portuguesa, CPLP) in der Hauptstadt Dili statt.

Nach langer Vorbereitungszeit auf dieses Treffen eröffnete der Präsident Timor-Lestes, Taur Matan Ruak, am Morgen des 23. Juli die Konferenz im Außenministerium, die von einer Liveübertragung des lokalen Fernsehsenders TVTL begleitet wurde. Die Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedsländer resultierte in der „Dili Declaration“ und 23 weiteren Dokumenten. Einer der thematischen

Schwerpunkte der „Dili Declaration“ ist die Bekämpfung von Armut und Hunger und stellt den Aspekt der Ernährungssicherheit in den Fokus.

Timor-Leste übernahm im Rahmen des Treffens offiziell den Vorsitz der Organisation und Äquatorialguinea wurde als neues Mitglied in die Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Länder aufgenommen. Bisher wurde dem Land die Mitgliedschaft verwehrt, da es die Beitrittskriterien, wie unter anderem die Abschaffung der Todesstrafe, nicht erfüllt hatte.

Nach Dili kamen unter anderem die Präsidenten Portugals, Angolas, Mosambiks, Myanmars, São Tomé und Príncipes, der Kapverden und Indonesiens; die Premierminister von Portugal und von Guinea-Bissau, der Außenminister von Singapur, der Vize-Außenminister von Brasilien, der eine Nachricht der Präsidentin Dilma Rousseff verlas, der Generaldirektor der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) sowie Repräsentanten der ASEAN (Verband Südostasiatischer Nationen).

Die 1996 gegründete CPLP hat nun neun Mitglieder und gilt als Forum für Freundschaft und Zusammenarbeit unter Ländern, die Portugiesisch als Amtssprache haben. (Artikel von Janina Pawelz, *Deutsche Osttimor Gesellschaft*)

Stärkere Beziehungen zum Pazifik

Timor-Leste: Timor-Leste bemüht sich um weitere und intensivere Beziehungen zur Pazifikregion durch einen Beitritt zum *Secretariat of the Pacific Community* (SPC). Der osttimoresische Botschafter in Australien, Neuseeland und den Pazifischen Inseln, Abel Guetteres, nahm am Gipfeltreffen des *Pacific Islands Forum* vom 29. Juli bis zum 1. August 2014 in Palau teil. Dort äußerte er, dass sein Land technische und politische Beziehungen aufbauen möchte, um gemeinsam

an Themen wie Fischerei, Umweltschutz und Bewahrung der Meeresflora und -fauna zu arbeiten. Das Management, die Durchführung und die Entwicklung der Fischerei stelle Timor-Leste vor große Herausforderungen. So beklagte Gueterres, dass Timor-Leste schätzungsweise eine Million US-Dollar im Jahr durch Wilderei in der Timorsee verliere, da die Expertise fehle, die Region effektiv zu patrouillieren.

Timor-Leste ist bereits gut vernetzt und baut die Beziehungen gen Osten weiter aus: Das Land hat seit 2002, dem Jahr seiner offiziellen Unabhängigkeit, den Beobachterstatus im *Pacific Island Forum* und sucht weitere Mitgliedschaften in regionalen Organisationen wie der *Melanesian Spearhead Group* (MSG) und dem *Pacific Island Development Forum* (PIDF). Darüber hinaus gehört Timor-Leste seit 2003 zur Blockfreienbewegung und ist im gleichen Jahr dem AKP-Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union beigetreten. Es engagiert sich zudem im G7-Plus Forum fragiler Staaten; ist seit 2005 Teil des *ASEAN Regional Forum* (ARF); unterschrieb zwei Jahre später den ASEAN-Freundschaftsvertrag (TAC) und hofft auf eine baldige Aufnahme in den Kreis der ASEAN-Mitgliedstaaten. (Artikel von Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft)

AUSTRALIEN

Regierung genehmigt Kohlemine

Der australische Umweltminister Greg Hunt hat der indischen Firma *Adani* die Genehmigung erteilt, im Bundesstaat Queensland eine riesige Kohlemine zu errichten. Das Bergbau-Projekt mit einem geplanten Investitionsvolumen in Höhe von 16,5 Milliarden AUS-\$ läuft unter dem Namen „Carmichael“. Die Mine soll im nördlichen Galilee Bassin, etwa

160 Kilometer nordwestlich der Stadt Clermont in Zentral-Queensland erbaut werden. Sie soll auf eine Laufzeit von 60 Jahren ausgerichtet werden und jährlich etwa 60 Millionen Tonnen Kohle produzieren. Geplant ist der Abbau sowohl unter als auch über Tage an verschiedenen Stellen. Damit könnte es sich nach Angaben von Bergbau-Experten bald um die flächenmäßig größte Kohlemine auf dem fünften Kontinent handeln. Indien wird wohl der Hauptabnehmer der Kohle werden.

Mit der Mine einher geht ein Eisenbahnprojekt von Adani. So soll die Kohle aus der Mine auf der eigens erbauten Eisenbahntrasse über 189 Kilometer hinweg zum neuen Tiefseehafen am Abbot Point bei Bowen gebracht werden. Von der Finanzierung dieses Mega-Hafenprojektes hatte sich vor einigen Monaten nach internationalen Protesten auch die Deutsche Bank zurückgezogen. Umweltschützer warnen vor einer massiven Schädigung des Great Barrier Riffs beim Ausbau des Hafenbeckens. Hier sollen angeblich fünf Millionen Tonnen Schlick und Erde aus dem Hafenbecken gepumpt und in das Riff geschwemmt werden. Eine Schädigung des Grundwassers wird nicht ausgeschlossen.

Die Bewohner im betroffenen Gebiet erhoffen sich von der neuen Mine einerseits Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum, andererseits fürchten sie massive Umweltschäden. Die Regierung von Queensland hat zugesagt, dem indischen Betreiber strenge Umweltauflagen zu machen. In der Konstruktionsphase sollen nach Angaben von Adani 2.475 Bauarbeiter eingestellt werden. Mit der geplanten Inbetriebnahme der Mine im Jahr 2017 sollen weitere 3.920 Arbeitsplätze geschaffen werden.

(<http://www.adanimining.com/Australia-Carmichael-coal>, *The Guardian* 28.07.14, *Australien Newsletter* 30.07.14)

Erneuerung der pazifischen Überwachungsboote

Die australische Außenministerin Julie Bishop und der Verteidigungsminister David Johnston haben 1,88 Milliarden AUS-\$ zur Erneuerung der pazifischen Patrouillenboote zugesagt. Im Rahmen des von der australischen Regierung finanzierten Projektes „Pacific Patrol Boat“ sind derzeit in 12 pazifischen Inselstaaten 22 Patrouillenboote im Einsatz. Bereits seit 1985 unterstützt Australien die pazifischen Inseln mit diesen Booten bei der Überwachung ihrer Gewässer.

Die 22 Boote wurden zwischen 1987 und 1997 gebaut und dann von Australien an die Pazifikstaaten gespendet. Die in die Jahre gekommenen Boote sollen nun durch 20 moderne Stahlboote ersetzt werden. Die neuen Boote sollen dann in folgenden Staaten eingesetzt werden: Papua-Neuguinea, Tonga, Salomonen, Fidschi, Tuvalu, Kiribati, Samoa, Vanuatu, Mikronesien, Palau, Marshall-Inseln, Cook-Inseln und (vermutlich) Timor-Leste. Die Boote sollen vor allem über illegale Fischfangtrawler in den exklusiven ökonomischen Zonen informieren sowie die Küstenabschnitte der Länder von der See aus kontrollieren. Die Boote werden vom Militär, den Küstenwachen oder der Polizei der Staaten betrieben. Australien unterstützt die Pazifikstaaten auch bei der Ausbildung des entsprechenden Personals für die Boote.

Verteidigungsminister Johnston erklärte die Verlängerung des „Pacific Patrol Boat“-Projektes mit dem „*fundamentalen strategischen Interesse Australiens*“ (Zitat) im Pazifik.

(<http://thediplomat.com/2014/07/australia-launches-new-pacific-patrol-boat-program/>, *Fijilive* 18.06.14)

ABC überträgt in Aborigines-Sprachen

Die *Australian Broadcasting Association* (ABC) hat zum 1. Juli den Test-Sendebetrieb in zwei Aborigines-Sprachen aufgenommen. Im Verbreitungsgebiet des Senders im Bundesstaat *Northern Territory* werden ab sofort täglich Nachrichtensendungen in den Sprachen *Warlpiri* und *Yolngu Matha* gesendet.

Die Nachrichten können online im Internet unter dieser Adresse www.abc.net.au/news/indigenous aufgerufen oder direkt auf mobilen Endgeräten angehört und gelesen werden. Die Übersetzung der englischsprachigen Nachrichten in die beiden Aborigines-Sprachen übernehmen dabei Angestellte des bundesstaatlichen Übersetzungsamtes „Aboriginal Interpreter Service“.

Der Testphase dauert zunächst ein Jahr. Ziel der ABC ist es, mit den Nachrichten die zahlreichen Aborigines-Verbände im dünn besiedelten nördlichen Territorium von Australien zu erreichen. Rund 30 % der Bevölkerung im *Northern Territory* sind Aborigines. 64 % der Bewohner sprechen als Muttersprache eine Aborigines-Sprache, die offizielle Amtssprache Englisch ist für sie eine Fremdsprache. (Pressemitteilung der ABC, 01.07.14)

SPORT

Ergebnisse der Glasgow Commonwealth Games

Glasgow: Die Gewichtheber aus etlichen pazifischen Staaten sorgten bei den *20. Commonwealth Games* in Schottland für einen Medaillenregen.

Papua-Neuguinea konnte zwei Goldmedaillen für sich verbuchen: Der 21-jährige Steven Kari konnte sich beim Gewichtheben gegen die Kontrahenten aus Australien und Indien durchset-

zen. Kari, der in der Gewichtsklasse bis 94 Kilo antrat, stemmte 349 Kilo. Bei den Frauen gewann die Gewichtheberin Dika Toua die Goldmedaille. Zwar hatte sie nach Punkten nur die Silbermedaille errungen, doch wurde der Goldmedaillensiegerin, einer 16-jährigen Nigerianerin, die Medaille nach einem positiven Dopingtest entzogen. Die 30-jährige Toua, Mutter zweier Kinder, zeigte sich begeistert über diesen bisher größten Erfolg ihrer Karriere. Toua war in der Gewichtsklasse unter 53 Kilogramm angetreten.

Nach fünf medaillenlosen Teilnahmen an *Commonwealth Games* gewann in diesem Jahr erstmals ein I-Kiribati eine Goldmedaille. Der 30-jährige Gewichtheber David Katoatau war in der Gewichtsklasse unter 105 Kilo angetreten. Er stemmte 148 Kilo und riss 200 Kilo.

Der samoanische Gewichtheber Vaipava Ionae errang in der Gruppe unter 62 Kilo eine Bronzemedaille. Der 26-jährige Athlet riss 271 Kilo. Die 29-jährige Gewichtheberin Ele Opeloge schaffte es in der Klasse bis 130 Kilo zu einer Silbermedaille, nur sechs Monate nach der Geburt ihres zweiten Kindes. Ihre Schwester Mary Opeloge errang ebenfalls Silber in der Gewichtsklasse bis 74 Kilo. Die Schwestern entstammen einer Gewichtheber-Familie, insgesamt traten fünf Familienmitglieder in Glasgow beim Gewichtheben an. Ele Opeloge trug bei der Eröffnungsfeier der Spiele die samoanische Flagge ins Stadion.

Einen Erfolg im Gewichtheben konnte auch Apolonia Vaivai aus Fidschi verbuchen, sie errang in der Gewichtsklasse bis 75 Kilo die Bronzemedaille.

Der 27-jährige Ite Detenamo aus Nauru schaffte in der Gewichtsklasse bis 163 Kilo die Silbermedaille beim Gewichtheben. Er hatte zur Eröffnungsfeier auch die Flagge Naurus getragen.

Info: Die *20. Commonwealth Games* fanden in diesem Jahr vom 24. Juli bis zum 3. August im schottischen Glasgow statt. Sie wurden am Abend des 23. Juli von der britischen Königin Elizabeth II. eröffnet. An den 11 Tagen fanden 256 Medaillenevents in 17 Sportarten statt. 71 Nationen hatten Teilnehmer nach Glasgow geschickt, darunter folgende Pazifikstaaten: Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Nauru, Niue, Norfolk-Insel, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu und Vanuatu.

In der Medaillenwertung kam England auf den ersten Platz (58 Goldmedaillen, 59 Silbermedaillen und 57 Bronzemedaillen), vor Australien (49-42-46) und Kanada (32-16-34).

(<http://www.glasgow2014.com/>, Wikipedia, Radio Australia 31.07.14)

Micronesian Games

Pohnpei: Vom 20. bis zum 29. Juli fanden in Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien) die achten *Micronesian Games* statt. Bei diesem alle vier Jahre ausgetragenen sportlichen Wettkampf treten Sportlerinnen und Sportler aus folgenden Staaten gegeneinander an: Marshall-Inseln, Kiribati, Nauru, Palau, die Nördlichen Marianen, Guam sowie die vier Staaten Chuuk, Pohnpei, Kosrae und Yap. Neben den klassischen Sportarten wie Schwimmen, Ballsportarten, Tischtennis, Triathlon, Golf oder Leichtathletik messen sich die Sportler bei den mikronesischen Spielen auch in Sportarten, die typisch für diese Region Ozeaniens sind: Speer-Fischen, Segeln mit dem Auslegerkanu *va'a* sowie als eine der zahlreichen Spaß-Sportarten das Kokosnusspalmen-Klettern.

Insgesamt fanden Wettbewerbe in 14 Disziplinen statt, es wurden 530 Medaillen vergeben. Die Medaillentabelle führte Gastgeber Pohnpei mit 114 Medaillen an, davon 36 Goldmedaillen, 41 Silbermedaillen und 37 bronzene. An zweiter Stelle mit 105 Medail-

len rangierte Palau (36-31-38), an dritter Stelle Guam (42-27-12). Zu den Verlierern gehörte die Republik Kiribati, sie gewann keine einzige Medaille. Für eine kleine Sensation sorgten die Gewichtheber beiderlei Geschlechts aus den Marshall-Inseln. Sie gewannen 29 (davon 20 goldene) Medaillen und damit knapp ein Drittel aller Medaillen (34-23-33). Ein weiteres Drittel (6 goldene, 12 silberne und 16 bronzene Medaillen) konnten die Schwimmer aus Ebeye und Kwajalein für die Marshall-Inseln erschwimmen. Besonders zeichnete sich der Schwimmer Troy Kojenlang aus, er gewann acht Medaillen in Einzelwettbewerben und fünf Medaillen in diversen Schwimmstaffeln.

(*Marshall Islands Journal* 01.08.14, <http://www.microgames.fm/>, Wikipedia)

Tasmanische Yacht gewinnt Segelrennen

Tasmanien: Die Segelyacht „Alive“ hat das 1.885 Seemeilen lange Wettsegeln zwischen der australischen Hafenstadt Melbourne und der Hauptstadt von Vanuatu, Port Vila, in der Rekordzeit von unter sechs Tagen gewonnen. Beim Einlaufen in den Hafen von Port Vila lag das später zweitplatzierte Schiff 750 Seemeilen zurück. Das Team der „Alive“ benötigte exakt 5 Tage, 23 Stunden, 52 Minuten und 45 Sekunden und war damit um einen knappen Tag schneller als der bisherige Rekordhalter, die im australischen Sydney gemeldete Yacht „Andrew Short Marine“, eine Yacht vom Typ „Volvo 60“. Die „Andrew Short Marine“ war bei der Erstauflage des inzwischen berühmten Rennens im Jahr 2006 nach 7 Tagen, 17 Stunden und 6 Minuten in den Hafen von Port Vila eingelaufen.

Die 66 Fuß lange Yacht (ca. 22 Meter) vom Typ „Reichel/Pugh 66“ gehört seit Anfang des Jahres dem in Thailand lebenden gebürtigen Tasmanier Phillip Turner, einem Geschäftsmann. Gesegelt wird die Yacht unter Leitung des Tasmaniers Duncan Hine, der für

das Rennen nach Vanuatu auf eine semi-professionelle Crew mit einer Besatzung von dreizehn Seglern aus Brisbane und Hobart/Tasmanien setzte. Die „Alive“ liegt zwar im Hafen von Brisbane, ist aber beim *Derwent Sailing Squadron*, einem kleinen Segelclub in Tasmaniens Hauptstadt Hobart, registriert.

(<http://www.aliveyachting.com/>, <http://www.ryct.org.au/index.php/home/1065-tasmanian-yacht-alive-blitzing-vanuatu-race-fleet>, <http://www.cyca.com.au/news/racing/2014/07/alive-smashes-record-in-melbourne-to-vanuatu-race/>)

Samoanische Ehrenhalle

Samoa: Am 21. Juni wurde in Apia die „Sports Hall of Fame“ (Ruhmeshalle für Athleten) von Premierminister Tuilaepa Malielegaoi eingeweiht. Noch gibt es dafür jedoch kein eigenes Gebäude. In der Ruhmeshalle sollen zukünftig Fotos und Objekte ausgestellt werden, die an die Teilnahme samoanischer Sportler an Olympischen Spielen erinnern, an denen sich Samoa seit 1963 beteiligt. Die Ruhmeshalle wird von der *Samoa Association of Sports and National Olympic Committee* (SASNOC) gesponsert. Sie soll jährlich um sportliche Sieger ergänzt werden. Die Einwohner Samoas können dazu dem SASNOC Vorschläge unterbreiten, welche Sportler in die Ehrenhalle aufgenommen werden sollen. Es sollen auch Sportler aufgenommen werden, die an anderen sportlichen Wettkämpfen, wie etwa den *South Pacific Games* oder den *Commonwealth Games*, erfolgreich teilgenommen und dort Medaillen errungen haben. (*Talamua* 18.06.14, *Samoa Observer* 22.06.14)

„TOK BILONG PASIFIK“

Ozean-Aktivisten in US-Samoa

US-Samoa: Der französische Umweltschützer, Entdecker und Filmemacher Jean-Michel Cousteau und die amerikanische Ozeanographin Dr. Sylvia Earle haben Mitte August in Amerikanisch-Samoa die „Pacific Ocean Campaign“ zum Schutz der Meere eröffnet. Bei dieser Öffentlichkeitskampagne geht es darum, den Menschen die Bedeutung des pazifischen Ozeans für Mensch, Natur und Umwelt klarzumachen.

Die renommierten Forscher waren auf Einladung der *Polynesian Voyaging Society* nach Pago Pago gereist. Dort nahmen sie am 22. August auch an der Premiere des brandaktuellen einstündigen Dokumentarfilms von Cousteau „*Swains Island - The last jewel of the planet*“ im *Tauese Ocean Centre* teil.

Info: Sylvia Alice Earle (geb. 30.08.1935 in Gibbstown, New Jersey) ist eine US-amerikanische Ozeanographin und Umweltaktivistin für den Schutz der Meere. Sie war wissenschaftliche Leiterin bei der staatlichen amerikanischen *National Oceanic and Atmospheric Administration*, beriet die NASA und ist seit 1995 für die *National Geographic Gesellschaft* als Forscherin tätig. Als Leiterin von mehr als 60 Ozeanexpeditionen verbrachte sie über 7.000 Stunden unter Wasser. Sie tritt weltweit durch Reden und Publikationen für die Erhaltung der Meere ein. Zuletzt leitete sie eine Arbeitsgruppe bei Google Earth, den „Google Ocean Advisory Council“. Dieser aus 30 Ozeanographen bestehende Expertenrat setzt sich für eine bessere Aufnahme von ozeanographischen Daten in Google Earth ein. 2009 gründete sie die Aktivistengruppe *Mission Blue*, die sich zum Ziel

gesetzt hat, weltweit Wasserschutzgebiete („Hope Spots“ - Flecken der Hoffnung) einzurichten.

Der Franzose Jean-Michel Cousteau (geb. 06.05.1938) ist ein Taucher, Filmproduzent und der erste Sohn des französischen Meeresforschers Jacques-Yves Cousteau. 1999 gründete er die *Ocean Futures Society*. Sie soll als Schutz- und Ausbildungsorganisation eine „Stimme für den Ozean“ darstellen, indem sie ein „Bewahrungsethos“ fördert und Meeresausbildungsprogramme entwickelt. Cousteau hat mehr als 70 Filme produziert und einen Emmy sowie den Peabody-Preis gewonnen. Er schreibt als Kolumnist für 60 Zeitungen weltweit. (*The Samoa News* 19.08.14, <http://mission-blue.org/>, *Wikipedia*)

Umweltpreis für Indonesier

Indonesien: Der indonesische Biologe Rudi Putra gehört zu den diesjährigen Preisträgern des *Goldman Environmental Prize* in der Kategorie „Islands & Islands Nations“. Der 37-jährige Putra engagiert sich gegen illegale Palmölplantagen im Leuser-Nationalpark in Sumatra. Durch die illegale Rodung des Regenwaldes und die Schaffung von Palmölplantagen wird der Lebensraum des im Leuser-Nationalpark beheimateten Sumatra-Nashorns immer kleiner.

Der gebürtige Acehnese Putra studierte Biologie und interessierte sich schon als Jugendlicher für Nashörner. Er entwickelte sich zu einem Experten für diese Spezies und führte mehrere wissenschaftliche Expeditionen im Leuser-Nationalpark an, um die Lebensräume und Wanderwege der Sumatra-Nashörner zu kartographieren. Bei seinen Touren stieß der Forscher auf illegal angelegte Plantagen in dem Naturschutzgebiet. Gemeinsam mit einigen der rund vier Millionen Bewohner des Nationalparks wandte sich Putra mit seinen Entdeckungen an die Polizei. Außerdem ermittelte er

die Besitzer der Plantagen und wies diese auf ihr Vergehen hin. Im April 2013 organisierte Putra über die sozialen Netzwerke im Internet eine Online-Petition an die indonesische Regierung mit dem Aufruf, strengere Umweltschutzgesetze einzuführen und diese auch zu überwachen. 1,4 Millionen Internetnutzer unterschrieben diesen Aufruf.

Info: Der Umweltpreis wird seit 25 Jahren von der amerikanischen *Goldman Environmental Foundation* an Menschen vergeben, die sich in besonderer Weise für den Schutz der Umwelt und die Entwicklung ihrer Völker einsetzen. Die jährlich sechs Preisträger erhalten pro Person 175.000 US-Dollar Preisgeld für ihre Arbeit. Putra wird das Geld an die von ihm mitbegründete Umweltschutzorganisation *Leuser Conservation Forum* übergeben.

Weitere Preisträger sind in diesem Jahr: Ramesh Agrawal aus Indien, Ruth Buendia Mestoquiari aus Peru, Desmond D'sa aus Südafrika, Suren Gazaryan aus Russland und Helen Holden Slottje aus den USA. Die Preisvergabe fand Ende April im Opernhaus von San Francisco statt. (*Pressemitteilung der Goldman Environmental Foundation* 28.04.14, *The Jakarta Post* 06.05.14)

Samoaner fliegt aus TV-Show

USA: Der US-Samoaner Paul Ieti hat es bis in Runde 9 der amerikanischen Gesangstalentefernsehshow „America's got talent“ (bei uns „Deutschland sucht den Superstar“) geschafft, bevor er von den Fernsehzuschauern und der Jury unter dem deutschen Top-Model Heidi Klum rausgewählt wurde.

Der gebürtige 21-jährige Amerikanisch-Samoaner aus dem Dorf Aoa ist Hauptgefreiter bei der US Army. Er ist auf dem Hunter Army Airfield in Savannah (Georgia) stationiert und war bis kurz vor seiner Teilnahme an der Fernsehshow für neun Monate in Af-

ghanistan stationiert.

America's got talent war wegen Ietis Youtube-Kanals auf ihn aufmerksam geworden und hatte ihn zur Teilnahme an der TV-Talentshow eingeladen. Ieti stellt seit Februar 2011 seine gecoverten Lieder in das Internet ein. Er begleitet sich dabei selbst auf der Gitarre. Die Amateuraufnahmen zeigen ihn meist völlig unspektakulär auf seinem Bett oder einem Stuhl sitzend, wie er singt und dazu spielt. Seine 25 Gesangsaufnahmen in Youtube wurden teilweise über 77.000mal angeklickt. Er hat über 13.000 so genannte „Follower“. (*Samoa News* 16.06.14, <http://www.nbc.com/americas-got-talent>, <http://www.youtube.com/user/chibbi2580484>)

Unterstützung für Niue

Niue: Angeblich stehen Papua-Neuguinea und der mit Neuseeland assoziierte Inselstaat Niue kurz vor dem Abschluss eines Abkommens zur Finanzierung eines Parlamentsneubaus in Niue. Das alte *Fale Fono* auf Niue konnte nach dem verheerenden Wirbelsturm *Heta* vor zehn Jahren noch nicht wieder instandgesetzt werden. Der neuguineische Premierminister Peter O'Neill hat deshalb seinem Amtskollegen aus Niue, Toke Talagi, zugesagt, einen Neubau des *Fale Fono* im Wert von zwei Millionen US-Dollar zu finanzieren. O'Neill lud Talagi auch zu einem offiziellen Staatsbesuch im nächsten Jahr ein. Talagi erklärte, das Kabinett von Niue freue sich über die zugesagte finanzielle Unterstützung durch PNG. (*Radio NZ Intern.* 27.08.14)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

RÖM.–KATH. KIRCHE

Politische Krise: Bischöfe bitten um Engagement für Gemeinwohl

„Aufrichtigkeit und Engagement für das Gemeinwohl sind die wesentlichen Zutaten der Politik. Eine authentische politische Autorität trägt in einem demokratischen System Verantwortung für das Volk. In diesem Moment scheint die Demokratie, die einen solchen Namen verdient, in Papua-Neuguinea gefährdet zu sein“, so der Vorsitzende der Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomonen, Bischof Arnold Orowae von Wabag. „Niemand, nicht einmal die Mitglieder des Parlaments, steht über dem Gesetz. Es gibt in Papua-Neuguinea Gesetze und die sind gleich für alle. Doch die jüngsten Ereignisse, die mit Anschuldigungen, Entlassungen und politischen Manövern verbunden waren, erwecken den Eindruck, als ob man den Respekt für die Verfassung und den Rechtsstaat verloren habe“, so der Bischof weiter. Im Zusammenhang mit Korruptionsaffären, in die Regierungsbeamte, Politiker und sogar der Premierminister Peter O’Neill verwickelt sind, kam es in Papua-Neuguinea zu einer politischen Krise.

In diesem Zusammenhang zitiert Bischof Orowae aus dem Johannesevangelium: „Die Wahrheit wird euch befreien“ (Joh. 8,32) und betont: „Als führende Kirchenvertreter fordern wir eine friedliche und wahrheitsgemäße Lösung im Hinblick auf die derzeitigen politischen Turbulenzen. Die Werte, auf die wir uns beziehen sollten, finden wir nicht nur in der Bibel, sondern auch im Zivilrecht, wobei sie ihren Ursprung in Gott haben. Im Namen Gottes fordern

wir die gewählten Führungskräfte dieses Landes auf, der Achtung der Gesetze, dem Gemeinwohl und der Zukunft unseres Landes den Vorrang zu geben.“

„Unsere Bürger“, so der Bischof weiter, „streben nach Sicherheit und Wohlstand in einem soziopolitischen System, das sich verwirrend und komplex gestaltet. Die Instabilität und die Anwendung der Gesetze im Interesse einiger Weniger ist ein Übel für die ganze Gesellschaft. Wenn wir so weitermachen, dann wird dies der Seele unseres Landes schaden. Wir werden das Vertrauen der Investoren verlieren und das gute Image unseres Landes.“ (Fides 1/7/2014)

Kirche und Staat gegen häusliche Gewalt

„Häusliche Gewalt in den Familien und sexueller Missbrauch sind ein großes Problem in PNG. Sie sind weit verbreitet und wir müssen alle gemeinsam dagegen kämpfen“, sagte der Erzbischof von Madang, Stephen Reichert, während der Eröffnung eines neuen Familienzentrums. Die Kirche werde eng mit der Polizei und dem Staat zusammenarbeiten, um dieses Problem nachhaltig anzugehen, betonte der Bischof. Die Kirche könne einen wichtigen Beitrag leisten, die Bevölkerung zu sensibilisieren und alte kulturelle Vorstellungen zum Wohle der Frauen und Mädchen zu verändern. Hinzukommen müsse aber zugleich eine zuverlässige Strafverfolgung durch die staatlichen Behörden. (Fides 30/06/2014)

AUS DER ÖKUMENE

Bibel in Sepik-Sprachen

In der Region des Sepik-Flusses im Nord-Westen von Papua-Neuguinea gibt es über 100 Sprachen, in die noch kein einziger Bibelvers übersetzt ist, wie die Wycliffe-Bibelübersetzer kürzlich mitteilten. Wycliffe ist gerade dabei, über 150.000 USD zu sammeln um mit der Übersetzungsarbeit im Sepik zu beginnen. (National 03.07.14)

Ökumene in Kainantu

Fünf verschiedene christliche Kirchen trafen sich in Kainantu in der Eastern Highlands Province zu einer gemeinsamen ökumenischen Veranstaltung vom 19. bis zum 24. Mai 2014 zum Thema HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Vertreten waren Älteste und Pastoren von der Evangelical Lutheran Church, der Renewal Lutheran Church, den Seventh Day Adventists, der Evangelical Brotherhood Church und der Foursquare Gospel Church. „Ich habe noch nie so ein harmonisches und konstruktives Treffen erlebt“, sagte der Koordinator Keru Bareo. „In meinem Dorf bekämpfen sich die Sonntags- und die Samstags-Gottesdienstbesucher, wir kritisieren den Glauben der jeweils anderen, die Art des Gottesdienstes, sind neidisch auf das Gemeindegewachstum der anderen, aber diese Veranstaltung war völlig anders: Sie war getragen von einem Geist der Kooperation und des gegenseitigen Respekts“, betonte er. (National 05.06.14)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Samoanische Kirche verbietet Geschenkübergabe bei Kircheneinweihungen

Samoa: Die *Congregational Christian Church of Samoa* hat beschlossen, Gaben für Kircheneinweihungen zu verbieten, um die Belastung für Familien und Kirchenmitglieder zu verringern. In der Resolution heißt es: „Falls es nötig ist, traditionelle Geschenke als Ausdruck des traditionellen Respekts an den Pfarrer zu geben, sollte es mit einem guten Gewissen und Weisheit geschehen.“

Die Kirche setzt damit ein Zeichen, das traditionelle „taiga sua“ zu stoppen und große finanzielle Belastungen für die Menschen zu vermeiden. In der Vergangenheit hatte dieser Brauch verstärkt zu Kirchenaustritten geführt. (*Samoa Observer* 21.05.14)

Impressum:
Kein Pressedienst
Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann
Kirchliche Nachrichten: Pfr. Thomas Paulsteiner
„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.
Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:
Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • TahitiPresse • Wantok • Westpaua-Netzwerk

Herausgeber:
Pazifik
INFORMATIONSTELLE
und
Mission EineWelt
Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de